

**Prognose der österreichischen  
Wirtschaft 2016 – 2018**  
Solide Konjunktur bei unsicherem Umfeld

**SPERRFRIST: Freitag, 16. Dezember 2016, 10:30 Uhr**



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna



# **Prognose der österreichischen Wirtschaft 2016 – 2018**

**Solide Konjunktur bei unsicherem Umfeld**

Die Modellprognosen werden von der  
Arbeitsgruppe Prognose erstellt:

**Ines Fortin  
Daniela Grozea-Helmenstein  
Jaroslava Hlouskova  
Helmut Hofer  
Sebastian Koch  
Martin G. Kocher  
Robert M. Kunst  
Simon Loretz  
Michael Reiter  
Edith Skriner  
Klaus Weyerstraß**

**Ökonometrisches Forschungsprogramm  
des Instituts für Höhere Studien**

## **Kontakt:**

### **Martin G. Kocher**

☎: +43/1/599 91-125  
email: [direktion@ihs.ac.at](mailto:direktion@ihs.ac.at)

### **Helmut Hofer**

☎: +43/1/599 91-251  
email: [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

### **Klaus Weyerstraß**

☎: +43/1/599 91-233  
email: [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at)

### **Paul Glück**

Public Relations  
☎: +43/1/599 91-122  
+43 660 150 5001  
email: [paul.glueck@ihs.ac.at](mailto:paul.glueck@ihs.ac.at)

---

Das Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS) forscht im Interesse der Öffentlichkeit zu wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fragen. Im Mittelpunkt stehen wirtschaftliche Dynamik, Strukturwandel und Nachhaltigkeit, Wohlfahrtsstaat, öffentliche Finanzen und europäische Integration. Das IHS ist insbesondere für seine vierteljährliche Konjunkturprognose bekannt, arbeitet aber auch zu anderen wirtschafts- und sozialpolitisch relevanten Themen, wie Gesundheit, Bildung, und Arbeitsmarkt.

Gegründet wurde das IHS auf Initiative der beiden Exil-Österreichern Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Mitteln der Ford Foundation. Heute erfolgt die Finanzierung über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), der Österreichischen Nationalbank (OeNB) und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet. Zurzeit sind ca. 150 MitarbeiterInnen und Studierende am Institut beschäftigt. Die WissenschaftlerInnen arbeiten fächerübergreifend und lösungsorientiert in Forschungsgruppen zusammen.

# Inhalt

<b>1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>1</b>
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse .....	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse .....	5/6/7
<b>2. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR</b>	<b>9</b>
2.1 Internationale Konjunkturprognosen .....	9
Abbildung: OECD-Frühindikator .....	10
Texttabelle: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum .....	12
2.2 Länderprognosen .....	12
Abbildung: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) .....	15
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen .....	23
<b>3. DIE ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFT</b>	<b>24</b>
<b>4. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR</b>	<b>25</b>
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte .....	25
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände .....	27
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate .....	28
Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie .....	28
Abbildung: Inflation in Österreich und im Euroraum .....	33
Texttabelle: Inflationsraten im Überblick .....	33
Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum .....	34
<b>5. MONETÄRE PROGNOSE</b>	<b>37</b>
Texttabelle: Leitzinsen .....	37
Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen .....	38
<b>TABELLENANHANG</b>	<b>39</b>

## Solide Konjunktur bei unsicherem Umfeld

Die österreichische Wirtschaft ist auf einen soliden Wachstumskurs zurückgekehrt. Im ablaufenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 1.4 % gewachsen sein. Impulse gingen insbesondere von der Binnennachfrage aus. In den Jahren 2017 und 2018 sollte das Wirtschaftswachstum 1.4 % bzw. 1.5 % betragen. Belastend wirken jedoch die hohen Unsicherheiten (wirtschaftliche Folgen des Brexit, protektionistische Tendenzen, mögliche Turbulenzen an den Finanzmärkten sowie geopolitische Risiken). Die Arbeitsmarktlage hat sich durch die Konjunkturaufhellung stabilisiert. Aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktintegration von Asylberechtigten wird die Arbeitslosigkeit jedoch weiter zunehmen und die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2018 9.6 % betragen.

### 1. Einleitung und Zusammenfassung

Im ablaufenden Jahr ist die österreichische Wirtschaft auf einen soliden, aber nicht besonders dynamischen Wachstumskurs eingeschwenkt. Im dritten Quartal betrug die Wachstumsrate gegenüber dem Vorquartal gemessen an der Trend-Konjunktur-Komponente 0.4 %, nach 0.3 % im zweiten Quartal. Im Vorjahresvergleich hat die österreichische Wirtschaft im Durchschnitt der ersten drei Quartale um gut 1.3 % zugelegt. Die vorlaufenden Indikatoren deuten momentan auf eine leichte Beschleunigung des Wachstumstempos hin. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP-Wachstum somit 1.4 % betragen. Besonders dynamisch entwickelte sich die Binnennachfrage. Gestützt von der Steuerreform belebte sich der private Konsum, und die Ausrüstungsinvestitionen zogen deutlich an. Im Einklang mit der schwachen Entwicklung des Welthandels blieb die Exportkonjunktur nur mäßig, während die Importe aufgrund der starken Binnennachfrage merklich zulegten. Für die Jahre 2017 und 2018 erwartet das Institut Wachstumsraten von 1.4 % bzw. 1.5 %. Damit sollte die Wirtschaft in Österreich wieder annähernd so schnell wie jene des Euroraums wachsen. Das Institut geht bei dieser Prognose davon aus, dass die Konsumschwäche der Vorjahre überwunden ist und die Exportwirtschaft von der Belebung des Welthandels profitiert.

Im bisherigen Jahresverlauf expandierte die Weltwirtschaft weiterhin nur mit verhaltenem Tempo. Erwartungsgemäß hat sich die Dynamik in den USA im dritten Quartal mit einer Wachstumsrate von 0.8 % gegenüber dem Vorquartal merklich beschleunigt. Im Euroraum betrug das Wachstum hingegen unverändert 0.3 %. Im Vereinigten Königreich hat sich laut den vorliegenden Informationen trotz der Brexit-Entscheidung das Wachstumstempo im dritten Quartal nur leicht auf 0.5 % abgeschwächt. Die Stabilisierung in den Schwellenländern hat sich fortgesetzt. Diese profitieren von der Entwicklung der Rohstoffpreise. Weltweit gesehen sollten von der Geld- und Fiskalpolitik eher belebende Impulse ausgehen, lediglich in den USA ist eine Straffung der Geldpolitik zu erwarten. Belastend wirkt allerdings weiterhin die hohe Unsicherheit, etwa im Hinblick auf die längerfristigen wirtschaftlichen Folgen des Brexit, die protektionistischen Tendenzen im Welthandel sowie die geopolitischen Risiken. Auch von der expansiven Geldpolitik gehen zunehmend Risiken aus. Insgesamt gesehen sollte sich das verhaltene Expansionstempo der Weltwirtschaft fortsetzen. Das Institut erwartet somit das folgende internationale Konjunkturbild. Die US-Wirtschaft kehrt auf einen stabilen Wachstumspfad zurück und dürfte in den Jahren 2017

und 2018 um 2.3 % bzw. 2.5 % zulegen. Für den Euroraum werden Werte von 1.5 % und 1.6 % erwartet, nach 1.7 % in diesem Jahr. In den OECD-Staaten sollte die Wirtschaftsleistung in beiden Jahren um rund 2 % steigen. Die Konjunktur in den Schwellenländern (Russland, Südamerika) sollte sich weiter aufhellen, allerdings ist mit einer fortgesetzten Abschwächung des Wachstumstempos in China zu rechnen. Die Weltwirtschaft sollte somit um 3.2 % bzw. 3.4 % expandieren, nach 2.9 % im ablaufenden Jahr.

Nach einer Stagnation in den Vorjahren dürfte der reale private Konsum in Österreich im ablaufenden Jahr um 1.4 % zugelegt haben. Dabei stärkten die Steuerreform und die geringe Inflation das verfügbare Realeinkommen der privaten Haushalte. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Sparquote im Jahr einer Steuerreform ansteigt, in der Folge aber wieder zurückgeht. Folglich ergibt die Prognose für 2017 ein Konsumwachstum von 1.1 %. Im Jahr 2018 sollte der Konsum wieder im Einklang mit der Einkommensentwicklung zulegen (0.9 %).

Die vorliegenden Daten der Quartalsrechnung belegen eine äußerst belebte Investitionstätigkeit, insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen. Die Bruttoanlageinvestitionen dürften heuer um 3.6 % ausgeweitet worden sein. In den kommenden beiden Jahren sollte sich die positive Dynamik mit Wachstumsraten von 2.4 % bzw. 2.3 % fortsetzen. Die günstigen Finanzierungsbedingungen, der Bedarf an Ersatzinvestitionen und die Bevölkerungsdynamik stützen die Investitionstätigkeit. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten um 3.3 % bzw. 3.0 % zulegen, nach 5.3 % im ablaufenden Jahr. Ausgehend von 1.6 % in diesem Jahr sollte das Wachstum der Bauinvestitionen im weiteren Prognosezeitraum jeweils 1.5 % betragen. Damit dürfte die Kontraktionsphase bei den Bauten vorüber sein, eine Einschätzung, die auch von der Entwicklung der Baugenehmigungen gestützt wird.

Äußerst schwach hat sich im bisherigen Jahresverlauf der Welthandel entwickelt. Laut den Daten des CPB belief sich das Wachstum in den ersten neun Monaten nur auf 0.9 %. Die Elastizität in Bezug auf das Wachstum der Weltwirtschaft (d.h. das Verhältnis zwischen dem Wachstum des Welthandels und der Weltproduktion) ist unter eins gefallen, nachdem sie vor der Krise rund zwei betragen hatte. Die österreichischen Exportmärkte legen zwar etwas stärker zu als der Welthandel, insgesamt gesehen bleibt deren Wachstum aber sehr verhalten, und auch vom Wechselkurs gehen kaum Impulse aus. Vor diesem Hintergrund sollten die realen österreichischen Warenexporte im heurigen Jahr um 2.3 % zugelegt haben. In den kommenden Jahren dürfte der Welthandel wieder etwas stärker expandieren, sodass mit Wachstumsraten der österreichischen Güterexporte von 3.3 % bzw. 3.5 % gerechnet wird. Besonders dynamisch entwickelt sich gegenwärtig der Reiseverkehrsexport. Nach 2.4 % im ablaufenden Jahr sollte sich das Wachstumstempo der Gesamtexporte laut VGR in den kommenden beiden Jahren auf 3.1 % bzw. 3.2 % beschleunigen. Aufgrund der kräftigen Binnennachfrage legten die Warenimporte im ablaufenden Jahr deutlich zu (4.0 %). In den kommenden beiden Jahren sollten die Warenimporte um 3.4 % bzw. 2.9 % steigen. Über den gesamten Prognosezeitraum gesehen liefern die Nettoexporte somit keinen positiven Wachstumsbeitrag.

Ausgehend von 0.6 % ist die Inflationsrate in den Monaten September und Oktober auf 0.9 % bzw. 1.3 % geklettert. Dieser Inflationsanstieg ist aber vollständig auf den Wegfall des Basiseffekts der Rohölverbilligung im Vorjahr zurückzuführen. Die Kerninflationsrate liegt weiterhin bei rund 1.3 %. Im Jahresdurchschnitt 2016 dürfte die Preissteigerung 0.9 % betragen. Für nächstes Jahr wird eine

Inflationsrate von 1.8 % erwartet. Das Institut geht davon aus, dass weder von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen noch von der heimischen Lohnstückkostenentwicklung ein starker Preisdruck ausgehen wird. Die Prognose impliziert eine merkliche Verringerung des Inflationsdifferenzials zum Euroraum im nächsten Jahr. Dies ist auch notwendig, da längerfristig die höhere Inflation zu heimischem Lohndruck führt, welcher die preisliche Wettbewerbsfähigkeit belastet. Im Jahr 2018 dürfe die Inflationsrate ebenfalls 1.8 % betragen.

Nach einer permanenten Verschlechterung in den letzten Jahren stabilisiert sich die Arbeitsmarktlage im Prognosezeitraum. Aufgrund der Konjunkturaufhellung hat die Beschäftigungsnachfrage im ablaufenden Jahr kräftig zugelegt (1.5 %). In den nächsten beiden Jahren sollte die Beschäftigung weiter kräftig steigen (1.1 % bzw. 1.0 %). Allerdings reicht diese Beschäftigungsdynamik nicht aus, um den Anstieg des Arbeitskräftepotenzials vollständig aufzunehmen. Wie schon in der Vergangenheit, steigt insbesondere die Zahl der Erwerbspersonen aus dem Ausland, vor allem aus den ost- und mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Aufgrund der höheren Erwerbsneigung von Frauen und Älteren erhöht sich auch die Zahl der inländischen Erwerbspersonen. Zusätzlich ist die starke Zuwanderung von Asylwerbern im Vorjahr zu berücksichtigen. Die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition betrug im Jahresdurchschnitt 2016 9.1 % und verharrte damit auf dem Vorjahresniveau. Für die Jahre 2017 und 2018 erwartet das Institut mit dem verstärkten Zustrom von Asylberechtigten auf den Arbeitsmarkt einen Anstieg auf 9.5 % bzw. 9.6 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition dürfte von 6.1 % im heurigen Jahr auf 6.3 % klettern.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum insbesondere von den Folgen der Steuerreform geprägt. Nachdem im Vorjahr ein strukturelles Nulldefizit erreicht wurde, dürfte die Defizitquote im ablaufenden Jahr auf 1.6 % gestiegen sein, wofür primär die zumindest kurzfristig nicht vollständig gegenfinanzierte Steuerreform verantwortlich ist. In den Jahren 2017 und 2018 sollte das gesamtstaatliche Budgetdefizit wieder geringer ausfallen (1.4 % bzw. 1.0 % des BIP). Es sind jedoch weitere Anstrengungen notwendig, um die Nachhaltigkeit der Budgetsanierung zu sichern und den erforderlichen zukunftsorientierten öffentlichen Ausgaben (insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung) stärkere Priorität zukommen zu lassen. Für eine Stärkung der Wachstumskräfte ist es unumgänglich, durch Reformen alle Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich zu heben. Dementsprechend sind die Ergebnisse der Neuverhandlungen des Finanzausgleichs als eine vergebene Chance zu sehen. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich sind hingegen zu begrüßen (steuerliche Entlastung des Faktor Arbeit, Förderung von Neugründungen). Weitere Reformschritte, etwa bei den Lohnnebenkosten, sind aber notwendig.

Weiterhin belasten Unsicherheiten die Konjunktur, und die Prognoserisiken sind überwiegend abwärts gerichtet. Das größte Risiko für die europäische Konjunktur liegt in den wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Eine ausgeprägte und langandauernde Rezession im Vereinigten Königreich hätte merklich negative Auswirkungen auf die Haupthandelspartner. Starke und anhaltende Turbulenzen an den Finanzmärkten, etwa ausgelöst durch Kreditausfälle in Südeuropa und die damit verbundenen Probleme im Bankensektor, sowie protektionistische Tendenzen im internationalen Handel würden die Wirtschaftsentwicklung spürbar verlangsamen. Mit der Präsidentenwahl in den USA ist auch die Unsicherheit über die Stabilitätsorientierung der amerikanischen Fiskalpolitik deutlich gestiegen.



Eine defizitfinanzierte expansive Fiskalpolitik könnte zwar der US-Wirtschaft kurzfristig positive Impulse liefern, längerfristig aber Probleme an den internationalen Finanzmärkten auslösen. Eine Ausweitung der Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika (IS-Terrorismus und Flüchtlingskrise) könnte die Wirtschaftsstimmung weiter trüben und wohl auch zu einer Erhöhung der Energiepreise führen. Die polit-ökonomischen Probleme in der EU (Aufteilung der Flüchtlinge, Vollendung der Bankenunion, Schuldenkrise, Ausgestaltung der europäischen Institutionen) halten die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure hoch. Je länger die weltweit expansive Geldpolitik fortgesetzt wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Blasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten entstehen. Es bestehen aber auch heimische Risiken. Gestützt von der Steuerreform hat die Konsumnachfrage merklich zugelegt. Nach dem Wegfall dieses Einkommensimpulses könnte die Konsumnachfrage wieder stagnieren. Andererseits könnte eine Initiative zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Österreich die Stimmung bei den Unternehmen heben und zusätzliche Investitionen anregen.

## Wichtige Prognoseergebnisse

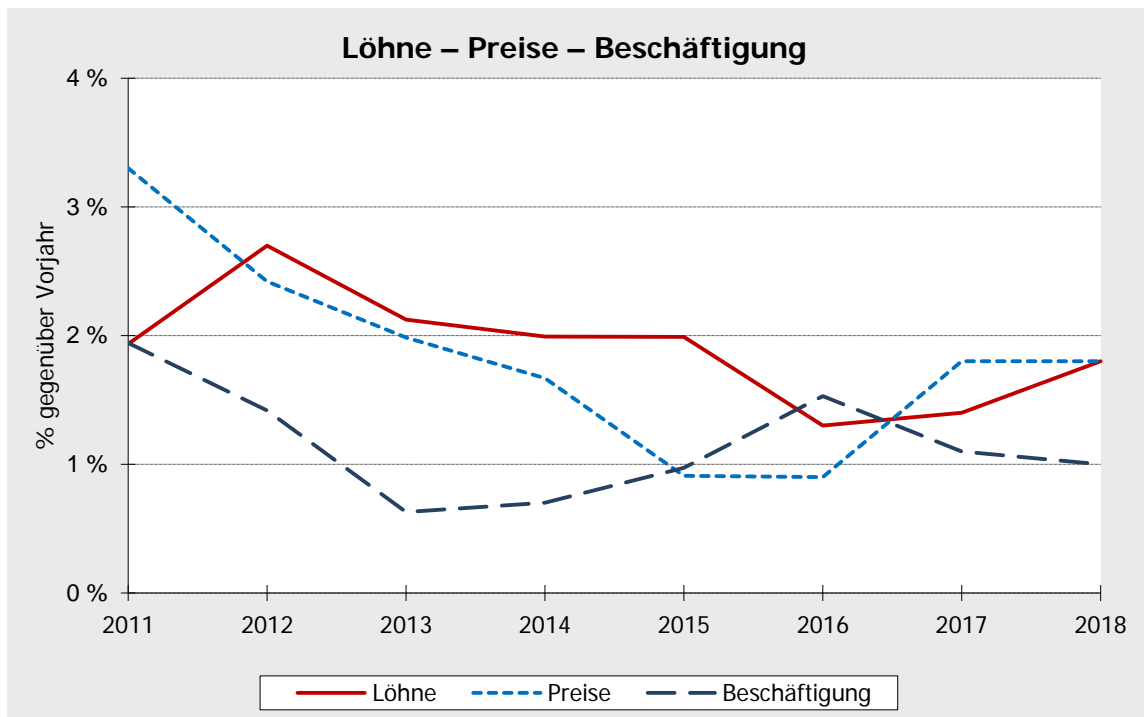
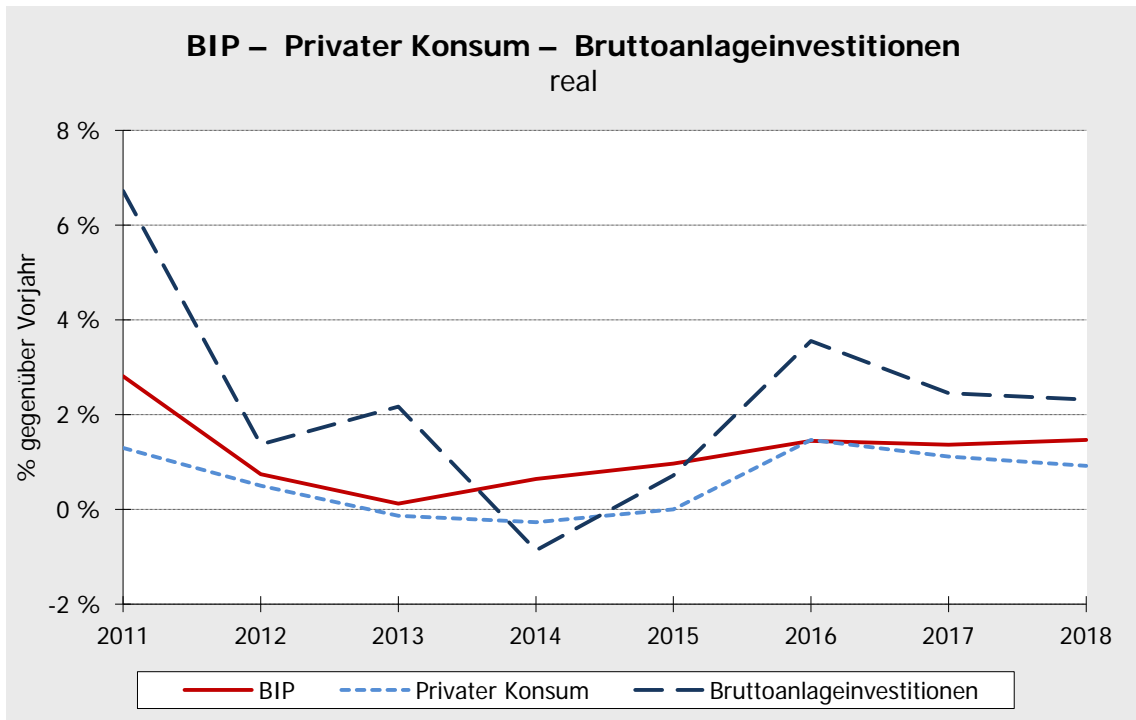
### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt, real	1.4	1.4	1.5
Privater Konsum, real	1.5	1.1	0.9
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	2.9	2.7	2.6
Bruttoanlageinvestitionen, real	3.6	2.4	2.3
Ausrüstungsinvestitionen, real	5.3	3.3	3.0
Bauinvestitionen, real	1.6	1.5	1.5
Inlandsnachfrage, real	2.0	1.4	1.2
Exporte i.w.S., real	2.4	3.1	3.2
Waren, real (laut VGR)	2.3	3.3	3.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.5	1.0	0.8
Importe i.w.S., real	3.5	3.4	2.9
Waren, real (laut VGR)	4.0	3.4	2.9
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.8	1.0	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.5	1.1	1.0
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>*)</sup>	9.1	9.5	9.6
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>*)</sup>	6.1	6.3	6.3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1.3	1.4	1.8
Preisindex des BIP	1.6	1.4	1.7
Verbraucherpreisindex	0.9	1.8	1.8
3-Monats-Euribor <sup>*)</sup>	-0.3	-0.3	-0.2
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen <sup>*)</sup>	0.4	0.8	1.0

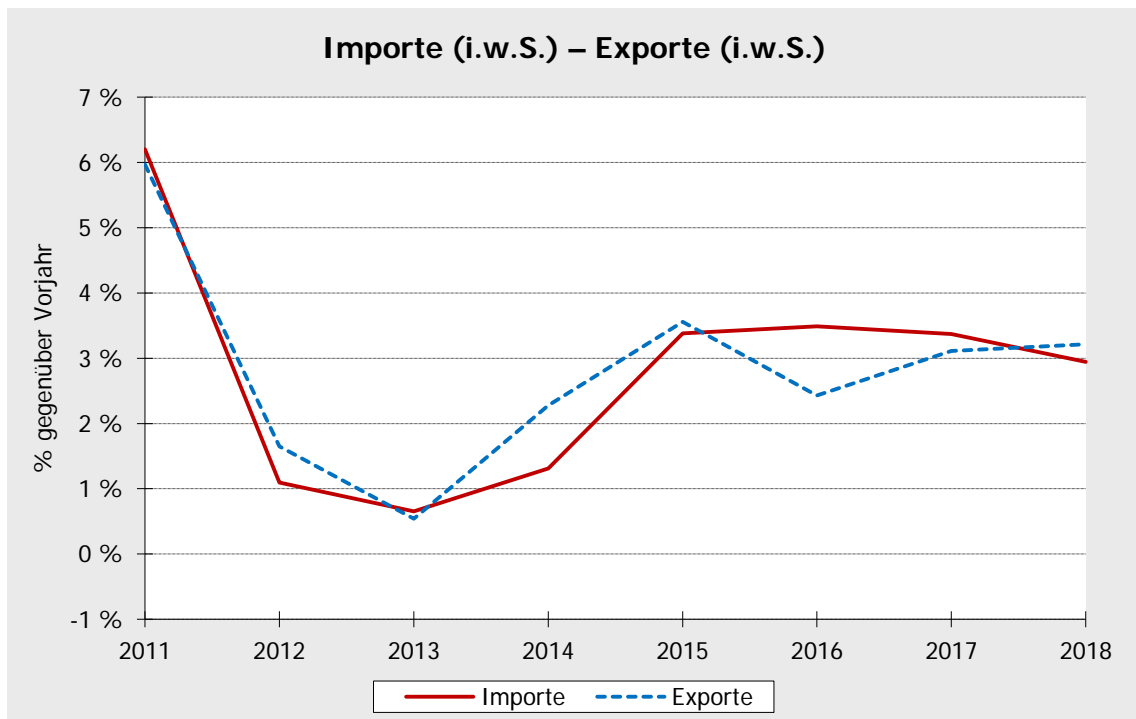
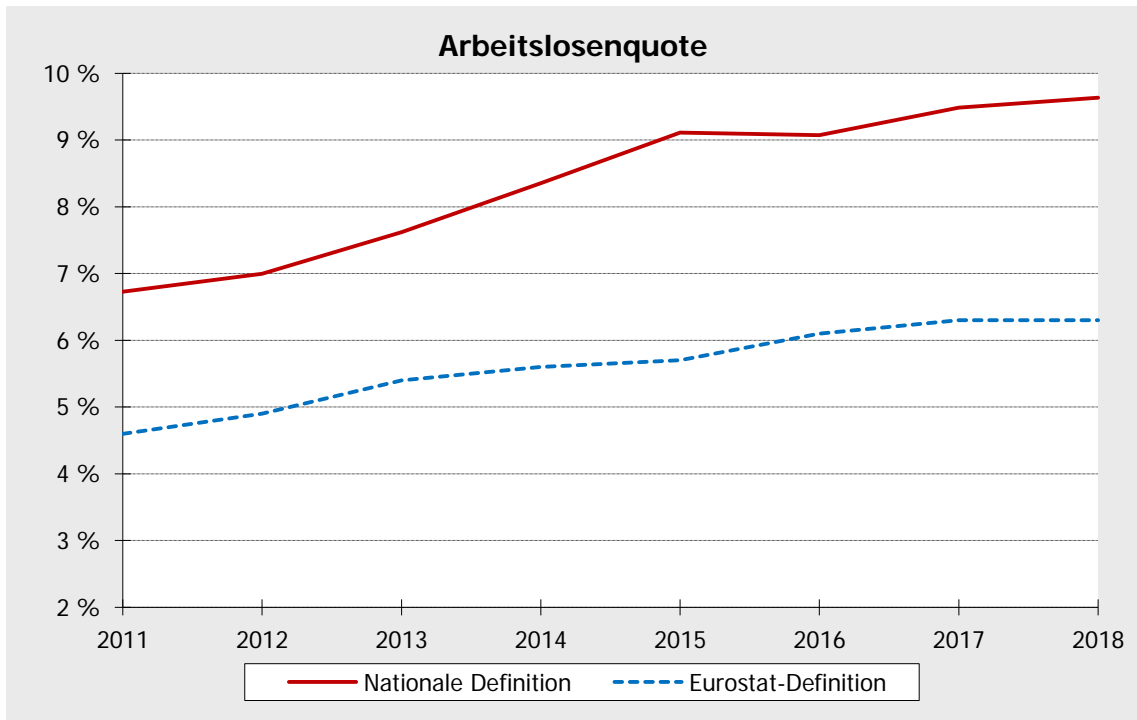
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

<sup>\*)</sup> absolute Werte

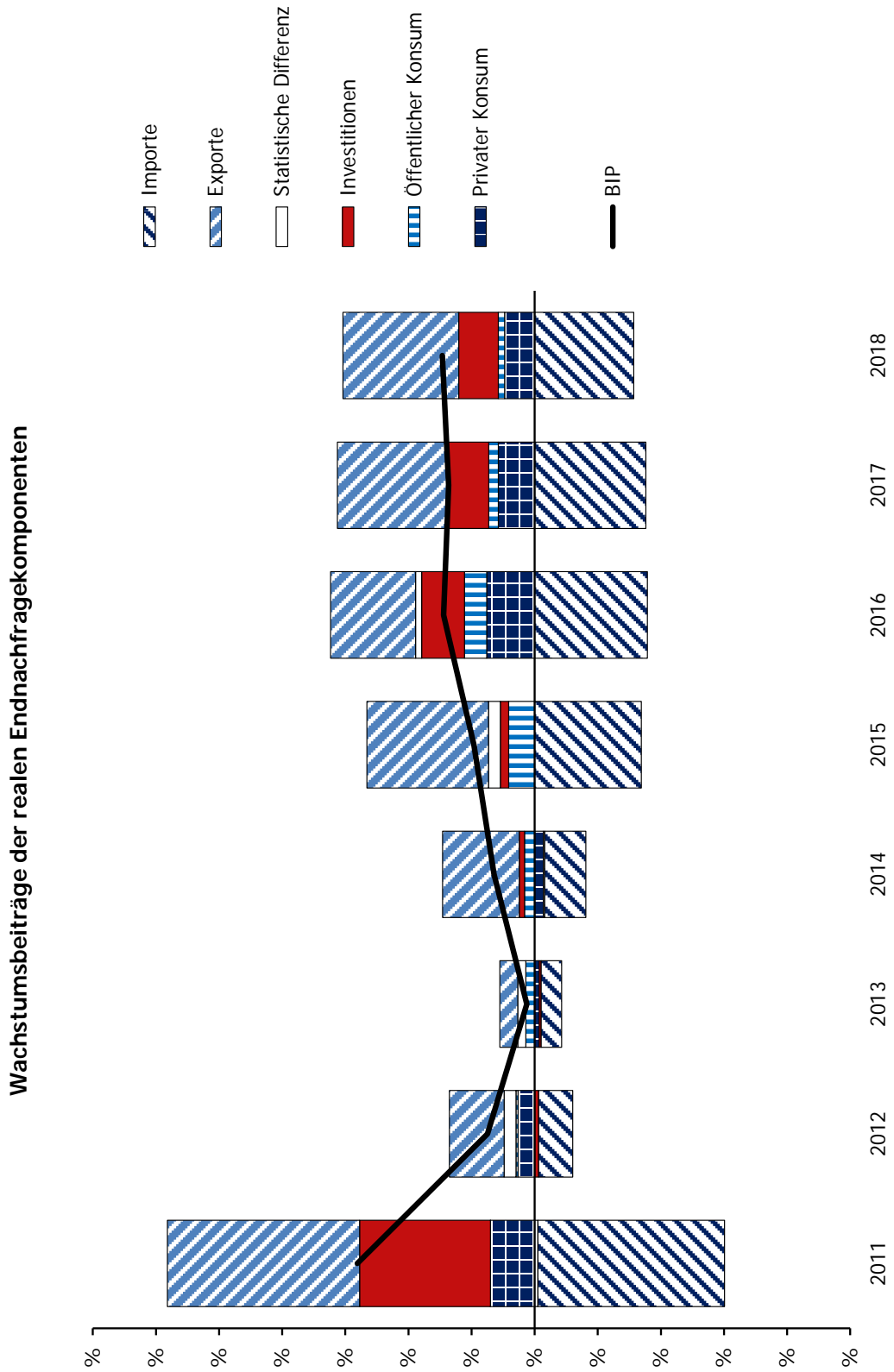
**WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1**



**WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2**



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 3



## 2. Die internationale Konjunktur

### 2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Die konjunkturelle Entwicklung der **Weltwirtschaft** schwächte sich 2016 weiter ab. Nach der Brexit-Entscheidung und der US-Präsidentenwahl bleibt das weltwirtschaftliche Umfeld von Unwägbarkeiten geprägt. Auch Unsicherheiten, die von den Strukturveränderungen in der chinesischen Wirtschaft ausgehen, belasten die Konjunktur. Mit Ausnahme von Indien entwickelte sich 2016 die Nachfrage in den Schwellenländern gedämpft (China) bzw. rückläufig (Russland und Brasilien). In den USA verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum. Nach einer schwachen Entwicklung zu Jahresbeginn hat der globale Handel im Jahresverlauf geringfügig an Dynamik gewonnen, die Rohstoffpreise begannen zu steigen und die Finanzmärkte verzeichneten einen Aufwind.

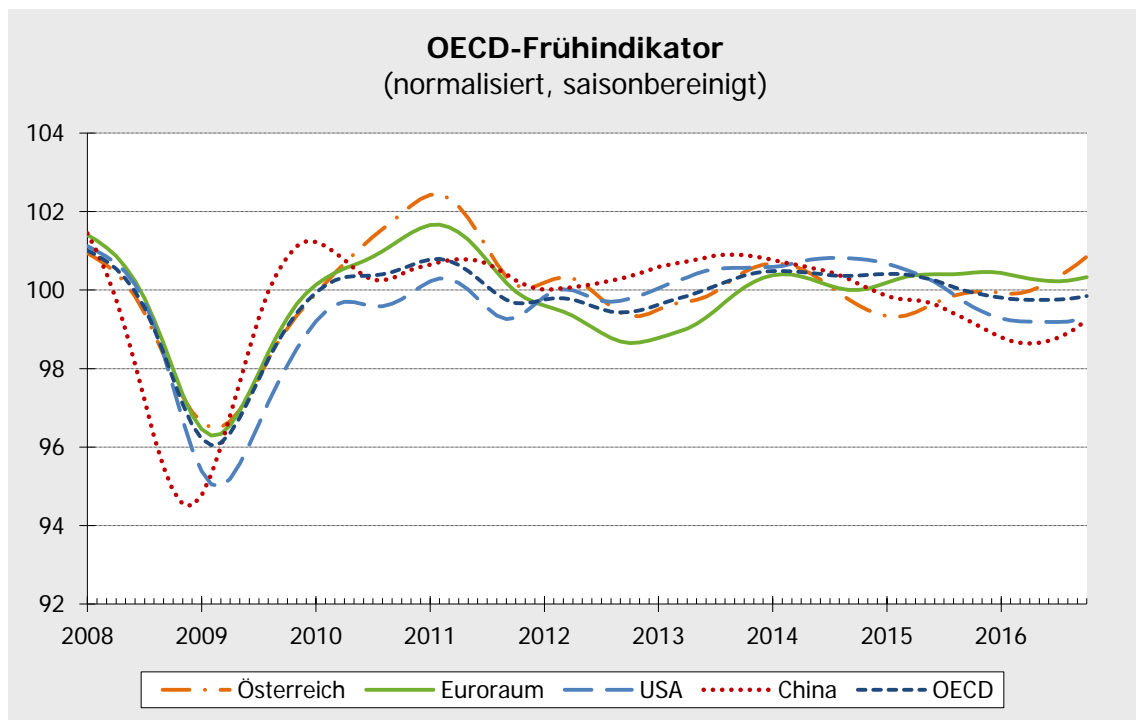
Die befürchteten Verwerfungen an den Finanzmärkten in Folge des Brexit-Votums sind ausgeblieben. Als Reaktion auf den britischen Entscheid, aus der EU auszutreten, senkte die *Bank of England* die Leitzinsen und die anderen großen Notenbanken versicherten, dem Markt bei Bedarf die nötige Liquidität zu gewähren, um ein reibungsloses Funktionieren der Märkte zu ermöglichen. Die Märkte erholten sich in der Folge rasch und bis Mitte Juli hatten die meisten Finanzanlagen den Brexit-Schock bereits überwunden. Gegenwärtig bestehen beträchtliche Unsicherheiten über den wirtschaftspolitischen Kurs der neuen US-Regierung. Das Institut geht aber davon aus, dass sich die konjunkturellen Auswirkungen in Grenzen halten. Von einer expansiven Fiskalpolitik könnten kurzfristig positive Impulse auf die US-Wirtschaft ausgehen. Auf längere Frist würden protektionistische Tendenzen die Wirtschaftsentwicklung hemmen. Hiervon wären auch stark exportorientierte Volkswirtschaften betroffen, die auf einen möglichst ungehinderten Marktzugang angewiesen sind. Die Entscheidung gegen eine Verfassungsreform in Italien erhöht die politischen Unsicherheiten in der Europäischen Union.

Das Institut erwartet, dass weltweit gesehen von der Geld- und Fiskalpolitik eher belebende Impulse ausgehen werden, lediglich in den USA ist eine Straffung der Geldpolitik zu erwarten. Belastend wirkt allerdings weiterhin die hohe Unsicherheit. Das größte Risiko für die europäische Konjunktur betrifft die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Eine ausgeprägte und langandauernde Rezession im Vereinigten Königreich hätte merkliche negative Auswirkungen auf die Haupthandelspartner. Starke und anhaltende Turbulenzen an den Finanzmärkten sowie protektionistische Tendenzen im internationalen Handel würden die Wirtschaftsentwicklung spürbar dämpfen. Eine Ausweitung der Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika (IS-Terrorismus und Flüchtlingskrise) könnte die Wirtschaftsstimmung weiter trüben und wohl auch zu einer Erhöhung der Energiepreise führen. Die polit-ökonomischen Probleme in der EU (Aufteilung der Flüchtlinge, Vollendung der Bankenunion, Schuldenkrise, Ausgestaltung der europäischen Institutionen) halten die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure hoch. Je länger die weltweit expansive Geldpolitik fortgesetzt wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Blasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten entstehen.

Unter der Voraussetzung, dass die Unsicherheiten im Laufe des kommenden Jahres abnehmen, sollte sich das Expansionstempo der Weltwirtschaft leicht beschleunigen. In den Industrieländern könnte die Investitionstätigkeit anziehen und in Russland und Brasilien wird die Rezession

voraussichtlich zu Ende gehen. Mit einer Belebung der globalen Nachfrage werden auch die Preise für Industrierohstoffe anziehen und so den Aufschwung in den Schwellenländern begünstigen. Für ein breiter abgestütztes globales Wachstum sind jedoch Strukturreformen und eine stärkere Investitionstätigkeit in der Realwirtschaft notwendig. IWF und OECD fordern die Länder auf, wachstumsfördernde Reformen rasch umzusetzen. Die empfohlenen Maßnahmen umfassen Investitionen in die Infrastruktur und eine rasche Steigerung der Erwerbsquote, Hemmnisse für Unternehmen abzubauen und die öffentliche Neuverschuldung unter 4 % des BIP zu senken.

Vorlaufende Indikatoren, die die Stimmung in den Unternehmen reflektieren, deuten darauf hin, dass die Weltwirtschaft auf einen moderaten Erholungskurs einschwenkt. Der vom ifo Institut berechnete Index für das Weltwirtschaftsklima, der im Sommerquartal vor dem Hintergrund der Brexit-Entscheidung gesunken war, legte im Schlussquartal wieder zu. Trotz der Verbesserung lag dieser Wert noch immer unter seinem langfristigen Durchschnitt. Die Beurteilungen der Experten zur aktuellen Wirtschaftslage blieben seit dem zweiten Quartal unverändert ungünstig. Die Konjunkturerwartungen hellten sich etwas auf. Ein optimistisches Bild zeichnet auch der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index* für die Weltwirtschaft, der seit Mai kontinuierlich ansteigt. Im November haben vor allem die neuen Aufträge und die Beschäftigung stärker zugelegt. Die Industrieländer (USA, Euroraum, das Vereinigte Königreich und Japan) verzeichneten eine stärkere Dynamik als die Schwellenländer. Während sich in Russland und China die Wirtschaftsbedingungen aufhellten, fiel der Index für Brasilien und Indien.



Quelle: OECD, Thomson Reuters Datastream

Der OECD-Frühindikator, der bis Ende 2015 eine Festigung der Konjunktur im Euroraum signalisiert hatte, aber in der ersten Jahreshälfte wieder nachgab, steigt seit August wieder. Dies deutet darauf hin, dass sich die Konjunktur in den nächsten Monaten leicht verbessern wird.

Zu Jahresbeginn begannen die Rohstoffpreise (ohne Energie) zu steigen. Im November lagen die Rohstoffpreise (laut *S&P Non-Energy Index*) um 4.0 % über ihrem Vorjahreswert. Der Ölpreis für die Sorte Brent betrug 46.9 US-Dollar und befand sich um 4.1 % über seinem Vorjahreswert. Nach 45.0 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2016 wird in dieser Prognose für die Jahre 2017 und 2018 ein Ölpreis von 57 bzw. 60 US-Dollar unterstellt. Nach 1.11 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2016 wird für 2017 und 2018 ein Wechselkurs von jeweils 1.06 USD/EUR erwartet.

Das globale BIP hat 2016 voraussichtlich um 2.9 % zugenommen. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich 2017 auf 3.3 % und 2018 auf 3.6 % beschleunigen. Im Vergleich dazu entwickelt sich der Welthandel sehr verhalten. Dieser nahm 2016 voraussichtlich um 1.0 % zu, für die Jahre 2017 und 2018 werden Wachstumsraten von 2.8 % bzw. 3.3 % erwartet. In den OECD-Ländern sollte die Wirtschaftsleistung 2016 um 1.7 % zugelegt haben. In den Jahren 2017 und 2018 könnte sich das Wachstum auf 2.0 % bzw. 2.1 % beschleunigen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU ist 2016 voraussichtlich um 1.8 % gestiegen. In den Jahren 2017 und 2018 sollte die Wachstumsrate 1.5 % bzw. 1.6 % betragen.

Der IWF erwartet für Asien (ohne Japan) für 2016 und 2017 ein Wirtschaftswachstum von 6.5 % bzw. 6.3 %. Indien dürfte unter den großen Ökonomien mit 7.6 % das stärkste Wirtschaftswachstum aufweisen. Für China wird eine weitere Wachstumsabschwächung erwartet, wodurch auch der Handel im asiatischen Wirtschaftsraum beeinträchtigt wird. Die Wirtschaftsleistung in Lateinamerika ist 2016 um voraussichtlich 0.6 % gesunken. Im Jahr 2017 dürfte die Region mit 1.6 % ein positives Wirtschaftswachstum aufweisen. Die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas, Brasilien, hat den Tiefpunkt der seit zwei Jahren andauernden Rezession hinter sich gelassen. Die Regierung erwartet für 2017 ein Wirtschaftswachstum von 1.0 %. Um die konjunkturelle Entwicklung zu stützen, senkte die brasilianische Notenbank Ende 2016 erstmals seit vier Jahren die Leitzinsen. Der Schlüsselsatz zur Versorgung der Banken mit Geld beträgt derzeit 13.75 %.

Im **Euroraum** betrug das Wirtschaftswachstum 2016 voraussichtlich 1.7 %. Der schwache Welthandel, die wirtschaftlichen Probleme in den Schwellenländern, die gestiegene Unsicherheit und der Brexit dämpften in diesem Jahr die Konjunktur. Die privaten und die öffentlichen Konsumausgaben entwickelten sich weiterhin robust und die Investitionstätigkeit zog etwas an. Die schleppende Nachfrage aus den Schwellenländern dämpfte jedoch die Exporte. Die Verbraucherpreise begannen in der zweiten Jahreshälfte zu steigen. Im Jahr 2017 wird die Wirtschaft im Euroraum um 1.5 % wachsen. Impulse werden von der Inlandsnachfrage ausgehen, dabei wird der private Konsum von der guten Lage am Arbeitsmarkt gestützt. Höhere Exporte sollten die Investitionsbereitschaft begünstigen. Die Verbraucherpreise werden voraussichtlich stärker steigen und sich dem Inflationsziel der EZB von knapp unter 2 % langsam annähern. Die Geldpolitik der EZB bleibt weiterhin expansiv, das Anleihen-Ankaufprogramm wurde verlängert, wird aber volumenmäßig etwas zurückgefahren. Die geldpolitischen Maßnahmen der EZB sollen insbesondere dazu beitragen, die Kreditversorgung in der Wirtschaft sicherzustellen und die Investitionsbereitschaft zu erhöhen. Um ein nachhaltiges Wachstum zu erzielen, empfiehlt die Europäische Kommission den Regierungen der Mitgliedsländer, die öffentlichen Defizite gering zu halten und die Schuldenlast zu reduzieren. Insgesamt sieht die EU-Kommission zwar eine Verbesserung bei den öffentlichen Finanzen. Dennoch hinken Länder wie Italien, Frankreich, Spanien und Portugal beim Abbau ihrer Haushaltsdefizite hinterher. Sie fordert auch



Strukturreformen, so sollten die Arbeitsmärkte flexibler gestaltet werden. Darüber hinaus sollten andere wirtschaftliche Schwachstellen und makroökonomische Ungleichgewichte bekämpft werden.

Das BIP des Euroraums wuchs im dritten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.3 % und gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.7 %. Der private und der öffentliche Konsum sowie die Investitionen trugen zum Wachstum bei. Die Exporte stagnierten. Im vierten Quartal dürfte sich die Konjunktur verstärkt haben.

### Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum

	2016	2017	2018
BIP-Wachstum (%)	1.7	1.5	1.6
Arbeitslosenquote (%)	10.1	9.6	9.4
Inflation HVPI (%)	0.2	1.4	1.5

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Die Arbeitslosenquote fiel im Oktober mit 9.8 % auf das Niveau von 2009. Die höchste Arbeitslosigkeit gab es in Griechenland mit 23.4 % (im August). Die niedrigste Quote wies die Tschechische Republik mit 3.8 % auf. Die Jahresinflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), betrug im November 0.6 %. Dabei verzeichneten im Oktober Zypern (-1.0 %) und Irland (-0.4 %) die deutlichsten Rückgänge der Verbraucherpreise. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Österreich (1.4 %) und Belgien (1.9 %) am stärksten.

Gemäß dem ifo Konjunkturbarometer hat sich die Stimmung der Wirtschaft im Euroraum aufgrund der positiveren Erwartungen verbessert. Die verhaltene konjunkturelle Erholung im Euroraum wird sich somit fortsetzen. Der *Markit Eurozone Composite Index*, der sich von Jänner bis September nur schleppend entwickelt hatte, deutet auf eine konjunkturelle Belebung im Schlussquartal hin. Die Exportnachfrage war so stark wie seit knapp drei Jahren nicht mehr. Aber auch aus dem Binnenmarkt gingen mehr Bestellungen in der Industrie ein. Die Unternehmen stellten deshalb erneut neue Mitarbeiter ein. Besonders gut liefen die Geschäfte in den Niederlanden, Österreich, Spanien und Deutschland. Der *Economic Sentiment Indicator* (ESI) der Europäischen Kommission, der im September und Oktober kräftig gestiegen war, legte im November noch geringfügig zu. In der Industrie trübte sich die Stimmung etwas ein, während sie sich im Baugewerbe und im Einzelhandel aufhellte. Im Dienstleistungssektor blieb das Klima unverändert. Die Einschätzung der ZEW-Finanzmarktexperten hinsichtlich der Konjunkturentwicklung im Euroraum verbesserte sich etwas.

## 2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** ist 2016 voraussichtlich um 1.6 % gewachsen. Die Konjunktur verlangsamte sich somit im Vergleich zum Vorjahr. Die Nachfrage der privaten Haushalte, die wegen der steigenden Beschäftigung und der verbesserten Kaufkraft in den vergangenen Jahren wesentlich zum Wachstum beigetragen hatte, schwächte sich etwas ab. Die Ausrüstungsinvestitionen sind insbesondere im Energiesektor gesunken. Die exportorientierten Unternehmen litten noch immer unter dem starken US-Dollar und der schleppenden globalen

Nachfrage. Die konjunkturelle Abkühlung in China und in den anderen Schwellenländern hatte dabei einen wesentlichen Einfluss. Unternehmen, die den inländischen Markt bedienen, profitierten hingegen von der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen und der Entwicklung im privaten Wohnbau. Der Anhebung der Zinsen im Dezember 2015 um 25 Basispunkte auf ein Zielband von 0.25 % bis 0.50 % sollte zu Jahresende 2016 ein weiterer Zinsschritt folgen. Im Jahr 2017 dürfte sich die Konjunktur mit einem BIP-Wachstum von 2.3 % wieder verstärken. Die Nachfrage der privaten Haushalte bleibt robust. Die Ausrüstungsinvestitionen könnten anziehen und die Exportnachfrage dürfte dynamischer als im Vorjahr verlaufen. Wegen des Auslaufens der dämpfenden Effekte, wie dem Rückgang der Energiepreise oder der Währungsaufwertung, könnte die Inflation auf 2.1 % steigen. Die aufgrund der niedrigen Arbeitslosigkeit steigenden Arbeitnehmerentgelte wirken den inflationsbedingten Realeinkommensverlusten entgegen. Die negativen Folgen des Brexit für die US-Wirtschaft werden von der Fed als gering eingeschätzt. Die Konjunktur könnte einen zusätzlichen Schub erhalten, falls die neue Regierung ein umfangreiches Infrastrukturprogramm auflegt.

Das BIP der USA stieg im dritten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.8 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 1.6 % zu. Deutlich besser als in den Vorquartalen entwickelten sich die Exporte. Auch der private Konsum trug zum Wachstum bei. Die Ausrüstungsinvestitionen stagnierten und die Bauinvestitionen fielen erneut. Im vierten Quartal dürfte die Konjunktur robust geblieben sein. Die Arbeitslosenquote fiel im November mit 4.6 % auf ein Neun-Jahres-Tief. Die Inflation stieg im Oktober auf 1.6 %, den höchsten Stand seit zwei Jahren. In den kommenden Monaten wird sich die Dynamik vor allem in der Güterverarbeitenden Industrie verstärken.

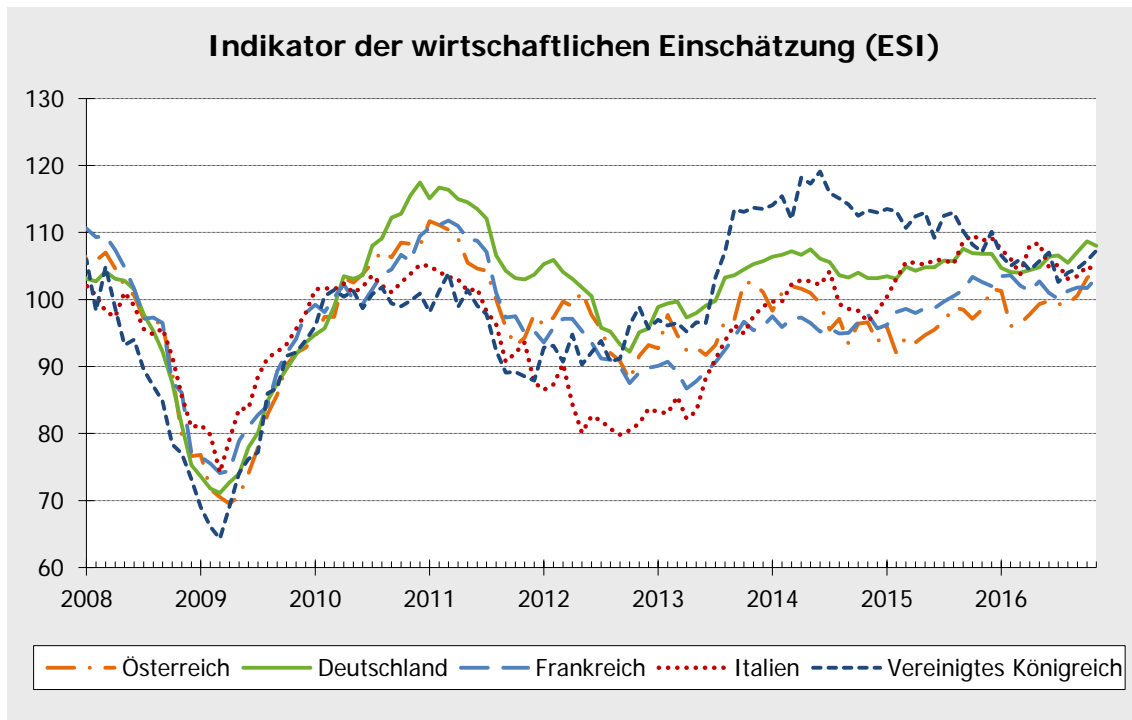
Der *Markit Composite Purchasing Managers Index*, der im Februar auf die Wachstumsschwelle zurückgefallen war, erholte sich in den folgenden Monaten wieder. Vor allem der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie verzeichnete bis November einen kräftigen Anstieg. Auch der vom *Institute for Supply Management* erstellte Index zeigt einen starken Aufwärtstrend in der Güterverarbeitenden Industrie. Der Verlauf des *Conference Board Leading Economic Index* deutet hingegen auf eine leichte konjunkturelle Abschwächung in der Gesamtwirtschaft hin.

In **Japan** ist die Wirtschaft im Jahr 2016 voraussichtlich um 0.7 % gewachsen. Die Konsumausgaben sind zwar nicht mehr gefallen, ein konsumgetriebener Aufschwung war aber bislang nicht auszumachen. Die Investitionstätigkeit blieb verhalten. In der Außenwirtschaft verschärfen sich die Probleme, denn seit Anfang 2016 gewann der Yen gegenüber dem US-Dollar an Wert, nach einer Abwertungsphase in den Jahren 2012 bis 2015. Heuer dämpften daher die Wechselkursentwicklung und der schleppende globale Handel die Exporte. Die schwache Konjunktur und die Deflationsgefahr veranlassten die japanische Notenbank zu Jahresbeginn, den Leitzins auf -0.1 % zu senken. Die Unternehmen sollten dadurch ermutigt werden, ihre Barreserven für Investitionen aufzulösen. Für Spareinlagen bei Banken gelten die negativen Zinsen nicht. Mit einem massiven Anleihen-Ankaufprogramm setzt die japanische Notenbank ihre expansive Geldpolitik fort. Damit sollen der Konsum belebt, die negativen Folgen der Yen-Aufwertung für die Außenwirtschaft abgefedert und die Preisentwicklung gestützt werden. Im Jahr 2017 dürfte das Wirtschaftswachstum 0.9 % betragen. Bei den Ausrüstungsinvestitionen dürfte eine Belebung einsetzen, und die Exporte werden wieder stärker zunehmen. Wegen der anhaltend schwachen Konsumnachfrage wurde die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8 % auf 10 % vorerst auf das Jahr 2019 verschoben.

Das japanische BIP wuchs im dritten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 1.0 %. Bei den Bauinvestitionen setzte sich die starke Dynamik fort. Nach einer schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte wuchsen die Exporte wieder. Der Beschäftigungszuwachs verstärkte sich. Im vierten Quartal dürfte die Wirtschaft etwas stärker gewachsen sein, vor allem die Industrieproduktion legte zu. Die Verbraucherpreise stiegen im Oktober im Vorjahresvergleich um 0.1 %, der erste positive Wert seit Februar. Vorlaufende Indikatoren deuten darauf hin, dass die Konjunktur in den kommenden Monaten belebt bleibt. Der *Nikkei Composite Output Index*, der von März bis September unter die Wachstumsschwelle gerutscht war, verbesserte sich wieder. Im November deutete er auf die stärkste Wachstumsdynamik in der Privatwirtschaft seit Jahresbeginn hin.

In der **Volksrepublik China** hat 2016 das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 6.7 % betragen. Überkapazitäten und steigende Lohnstückkosten in der Industrie, hohe lokale Schulden und der Nachfragerückgang am einst boomenden Immobilienmarkt dämpfen die Konjunktur. Aufgrund von Steuersenkungen für Fahrzeuge wuchs jedoch der Markt für Kraftfahrzeuge kräftig. Wegen der engen Bindung des Yuan an den US-Dollar hat die starke Aufwertung des US-Dollar in den vergangenen Jahren eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft gegenüber Japan und dem Euroraum mit sich gebracht. Das Wachstum der Investitionen der Privatunternehmen (60 % der gesamten Investitionen) schwächte sich stark ab, was auf den gedämpften Wirtschaftsausblick und die schwache Exportnachfrage zurückgeht. Hingegen stiegen die Staatsausgaben beträchtlich. Im Jahr 2017 dürfte sich das BIP-Wachstum auf 6.3 % weiter abschwächen. Aufgrund der erwarteten konjunkturellen Aufhellung der Weltwirtschaft werden die chinesischen Exporte anziehen. Die öffentlichen Maßnahmen gegen Spekulationen auf dem überhitzten Wohnimmobilienmarkt werden voraussichtlich zu greifen beginnen. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung setzt die Umsetzung der geplanten Reformen im Bankenwesen und bei den staatseigenen Unternehmen voraus. Auch sollte die Regierung die Förderung von Investitionen in die Infrastruktur weiter vorantreiben.

Das chinesische BIP wuchs im dritten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahresquartal um 6.7 % und somit zum fünften Mal seit der weltweiten Finanzkrise um weniger als 7 %. Die Stabilisierung am Immobilienmarkt und steigende Staatsausgaben sorgten dafür, dass das Wachstumstempo der Vorquartale gehalten wurde. Entwicklungen im Einzelhandel und im privaten Wohnbau deuten darauf hin, dass die Konjunktur im vierten Quartal belebt geblieben ist. Die Inflation betrug im Oktober 2.1 %. Der *Caixin China Composite Index* befindet sich seit März im Wachstumsbereich. Im November war er zum Oktober unverändert und blieb damit auf dem höchsten Stand seit dreieinhalb Jahren. Seit Juli zeigt auch der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie eine Expansion an.



Quelle: Europäische Kommission, Thomson Reuters Datastream

In **Deutschland** hat das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 voraussichtlich 1.8 % betragen. Die Inlandsnachfrage bildete dabei die treibende Kraft, denn die günstige Arbeitsmarktlage sowie beträchtliche Zuwächse der verfügbaren Realeinkommen stimulieren den privaten Konsum. Niedrige Hypothekenzinsen und die Wohnungsnachfrage von Flüchtlingen beflügeln den privaten Wohnbau. Die Investitionstätigkeit verstärkte sich heuer, insbesondere in der Bauindustrie. Im Vergleich dazu entwickelte sich das Auslandsgeschäft sehr verhalten. Die zurückliegende Euro-Abwertung sollte die Exporte stimulieren, dieser Effekt kam wegen der wirtschaftlichen Probleme in vielen Schwellenländern wie China, Brasilien und Russland aber nicht zum Tragen. Die Inflation blieb im Jahresdurchschnitt gedämpft. Im Jahr 2017 dürfte das Wirtschaftswachstum 1.4 % ausmachen. In der Inlandsnachfrage könnte sich das Wachstumstempo verlangsamen. Die Inflation wird anziehen und den privaten Konsum etwas dämpfen. Stärkere Exporte werden jedoch die Investitionstätigkeit in der Industrie beleben. Die Bedingungen am Arbeitsmarkt könnten sich wegen der Flüchtlingskrise erstmals seit Jahren leicht verschlechtern.

Das deutsche BIP wuchs im dritten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal um 0.2 %, im Vorjahresvergleich legte es um 1.7 % zu. Impulse kamen erneut von der starken Inlandsnachfrage, der guten Kaufkraft der Verbraucher, der boomenden Baubranche und den Ausgaben der öffentlichen Hand für Flüchtlinge. Sinkende Exporte bremsten jedoch den Außenbeitrag. Das Wirtschaftswachstum dürfte im vierten Quartal wieder etwas Fahrt aufnehmen. Die Arbeitslosenquote befand sich im Oktober mit 4.1 % auf dem tiefsten Stand seit 25 Jahren. Die Verbraucherpreise stiegen im September so stark wie seit Mitte 2014 nicht mehr. Im Oktober betrug die Inflation 0.8 %. Die Aufhellung der Stimmungsindikatoren spricht für eine Belebung der Industriekonjunktur in den kommenden Monaten.

Der Markt Einkaufsmanagerindex deutet auf eine konjunkturelle Belebung im Schlussquartal hin. Die Unternehmen stellten mehr Mitarbeiter ein, zumal der Auftragsbestand ebenfalls zunahm.

Höhere Lohnkosten, steigende Preise für einige Rohstoffe sowie der schwächere Euro ließen die Produktionskosten so kräftig steigen wie seit März 2012 nicht mehr. Deshalb hoben die Unternehmen ihre Verkaufspreise an. Im Hinblick auf den Geschäftsverlauf in den kommenden zwölf Monaten rechnet ein Großteil der Befragten mit einem anhaltend guten Wachstum. Die ZEW-Konjunkturerwartungen sind zum vierten Mal in Folge gestiegen, begünstigt durch positive Konjunkturzahlen aus den USA und China. Der erneute Anstieg weist damit auf ein höheres Wirtschaftswachstum in den nächsten sechs Monaten hin. Im November lag der ifo Geschäftsklimaindex nahezu unverändert auf dem höchsten Stand seit Mai 2014. Die Führungskräfte beurteilten die Geschäftslage besser, die Aussichten für die kommenden sechs Monate aber etwas schlechter als zuletzt, denn weniger dynamische Exportaussichten dämpften die Stimmung in der Industrie. Im Handel verbesserte sich hingegen die Stimmung, ebenso in der Baubranche und im Dienstleistungssektor. Laut GfK blieb die Stimmung der Verbraucher im November stabil. Konjunkturerwartung und Anschaffungsneigung legten leicht zu, während die Einkommenserwartung minimale Einbußen verzeichnete.

Im Jahr 2016 hat in **Italien** das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 0.9 % ausgemacht. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte haben auch heuer wesentlich zur konjunkturellen Entwicklung beigetragen. Dies ging einerseits auf die steigende Beschäftigung zurück, andererseits führten Lohnerhöhungen zusammen mit leicht sinkenden Verbraucherpreisen zu einer Verbesserung der Kaufkraft der Haushalte. Auch der Reformprozess stützt die Wirtschaftsentwicklung. Steuersenkungen für Unternehmen und Personen mit niedrigem Einkommen sollten die Nachfrage beleben. Die Investitionstätigkeit konnte jedoch durch diese Maßnahmen bislang nicht angekurbelt werden. Die Wachstumsabschwächung bei den Exporten verringerten den Außenbeitrag. Die Arbeitslosenquote ist leicht gesunken, was auf die Wirkung des neuen Arbeitsrechts zurückgehen könnte. Neue Rechtsvorschriften, die in den vergangenen zwei Jahren zur Geltung kamen, erleichtern es den Unternehmen, Arbeitskräfte zu kündigen. Es sind auch Steuererleichterungen vorgesehen, welche Arbeitgeber entlasten, die Arbeitskräfte einstellen. Im Jahr 2017 dürfte das Wirtschaftswachstum abermals 0.9 % betragen. Die private Konsumnachfrage wird sich voraussichtlich abschwächen. Die Ausrüstungsinvestitionen könnten anspringen, während sich die Schwäche in der Bauindustrie verschärfen dürfte. Ein positiver Wachstumsbeitrag könnte aber von der Außenwirtschaft ausgehen. Die Inflation wird anziehen. Durch die Ablehnung der Verfassungsreform steigt das Risiko für eine Vertrauenskrise in Italien.

Im dritten Quartal 2016 wuchs das italienische BIP gegenüber dem Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahresquartal nahm es um 1.0 % zu. Wachstumsimpulse gingen diesmal von der Inlandsnachfrage aus. Dabei stiegen die Ausrüstungsinvestitionen und es wurden die Lager aufgebaut. Wegen der schwachen Exportentwicklung war der Außenbeitrag leicht negativ. Im vierten Quartal dürfte sich die Konjunktur verstärkt haben, was auf eine bessere Dynamik in der Güterproduktion zurückgeht. Im Gegensatz zu anderen Ländern fielen im Oktober noch immer die Verbraucherpreise, und zwar im Vorjahresvergleich um 0.2 %. Mit einer Arbeitslosenquote von 11.6 % setzt sich der Stabilisierungsprozess am Arbeitsmarkt fort. Für die kommenden Monate bleibt der Ausblick optimistisch. Der Markt Einkaufsmanagerindex verzeichnete 2015 einen kräftigen Anstieg und fiel von Jänner bis August wieder. Vor dem Verfassungsreferendum verbesserte sich jedoch die Stimmung in der Güterverarbeitenden Industrie beträchtlich. Das Barometer für die gesamte Privatwirtschaft erzielte im November ein Neun-Monats-Hoch.

In **Frankreich** hat das Wirtschaftswachstum 2016 voraussichtlich 1.2 % betragen. Die Inlandsnachfrage bildete die treibende Kraft. Die Konsumnachfrage ist robust geblieben, und einen Aufschwung verzeichneten die Ausrüstungsinvestitionen, die aufgrund von Steuerbegünstigungen stimuliert werden. Die Begünstigungen umfassen Steuersenkungen im Laufe von vier Jahren und eine kurzfristige Steuervergünstigung, die es Unternehmen erlaubt, höhere Abschreibungen im aktuellen Geschäftsjahr vorzunehmen. Auch die Bauinvestitionen haben wieder zugenommen. Der Außenbeitrag verringerte sich. Die Verbraucherpreise sind kaum gestiegen. Am Arbeitsmarkt setzte eine Stabilisierung ein, denn im Jänner 2016 verabschiedete die Regierung einen Arbeitsplan zur Bekämpfung der seit drei Dekaden anhaltenden strukturellen Arbeitslosigkeit. Im Jahr 2017 könnte das BIP-Wachstum 1.3 % betragen. Der private und der öffentliche Konsum sollten das Expansionstempo des Vorjahres beibehalten. Die Ausrüstungsinvestitionen werden zwar zunehmen, aber das hohe Wachstum vom Vorjahr wohl nicht erreichen. Die Bauinvestitionen bleiben belebt. Die Inflation wird sich deutlich verstärken und der Stabilisierungsprozess am Arbeitsmarkt könnte sich fortsetzen.

Das französische BIP stieg im dritten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorquartal um 0.2 %, zum Vorjahr legte es um 1.1 % zu. Wesentlich zum Wachstum beigetragen haben der öffentliche Konsum, die Bauinvestitionen sowie die Exporte. Nach einem starken Wachstum im ersten Quartal verzeichneten die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten und dritten Quartal Rückgänge. Die Beschäftigung nahm im dritten Quartal zu. Im vierten Quartal könnte sich die Konjunktur weiter verstärkt haben. Die Arbeitslosenquote fiel im Oktober auf 9.7 %, die Verbraucherpreise erhöhten sich um 0.5 %. Für die kommenden Monate bleiben die Konjunkturerwartungen optimistisch. Der Markt Einkaufsmanagerindex lag im September auf einem 15-Monats-Hoch. Eine leichte Abkühlung folgte jedoch im Oktober und November, was auf eine Abschwächung der Dynamik im Dienstleistungssektor zurückging. Zum ersten Mal seit sieben Monaten wies hingegen die Güterverarbeitende Industrie im Oktober und November ein Wachstum auf. Auch die gute Stimmung der Konsumenten hält an. Das Insee-Barometer für das Verbrauchervertrauen verharrte im November auf dem höchsten Niveau seit neun Jahren.

Im **Vereinigten Königreich** wuchs die Wirtschaft im Jahr 2016 voraussichtlich um 2.1 %. Die Inlandsnachfrage blieb die Stütze der Konjunktur. Dies ging vor allem auf die solide Konsumnachfrage zurück, denn die Einkommen der Haushalte wurden von Realloohnerhöhungen und der guten Arbeitsmarktlage gestärkt. In der ersten Jahreshälfte befand sich die Güterverarbeitende Industrie in nahezu einer Rezession. Die Exporte litten unter der schwachen globalen Nachfrage und dem starken Pfund gegenüber dem Euro. Durch das Votum zugunsten eines Brexit am 23. Juni haben sich die Wachstumserwartungen zunächst deutlich eingetrübt. Wegen einer Rezessionsgefahr senkte die *Bank of England* im August den Leitzinssatz von 0.5 % auf 0.25 %. In der zweiten Jahreshälfte verbesserte sich durch die Währungsabwertung – das Pfund verlor bis November im Jahresvergleich gegenüber dem US-Dollar 18 % und gegenüber dem Euro 23 % – die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Der private Konsum entwickelte sich noch immer robust. Im Jahr 2017 wird sich das BIP-Wachstum auf 1.1 % abschwächen. Wegen steigender Importpreise sollte die Inflation beträchtlich anziehen. Der private Konsum könnte sich daher abschwächen und in der Industrie werden die steigenden Produktionskosten die Investitionstätigkeit dämpfen. Risiken für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gehen auch von der Zinsentwicklung und der hohen Verschuldung der Haushalte sowie der Ausgestaltung der neu

abzuschließenden Handelsverträge aus. Das *Institute for Fiscal Studies* erwartet einen signifikanten Anstieg der öffentlichen Verschuldung als Folge der konjunkturellen Abschwächung.

Die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs nahm im dritten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.5 % und zum Vorjahresquartal um 2.3 % zu. Zuwächse verzeichneten der private und der öffentliche Konsum sowie die Bauinvestitionen. Die Exporte sanken nicht mehr, die Importe gaben nach. Die Beschäftigung weitete sich aus und die Arbeitslosenquote ging auf 4.8 % zurück. Im vierten Quartal dürfte sich die Konjunktur jedoch etwas abgeschwächt haben. Die Währungsabwertung begünstigt die Exporte, es erhöhen sich dadurch aber auch die Importpreise. Seit Juli nimmt die Inflation zu, im Oktober machte sie 0.9 % aus. Am Arbeitsmarkt ist der Brexit-Effekt noch nicht spürbar. Die Erwartungen in der Industrie bleiben für die kommenden Monate noch zuversichtlich. Der *Markit/CIPS UK Manufacturing & Services Index*, der nach dem Referendum unter die Wachstumsschwelle fiel, legte von August bis November wieder kräftig zu. Dank des schwächeren Pfund verbesserte sich vor allem die Stimmung in der Güterverarbeitenden Industrie, womit der Teilindex den höchsten Stand seit Oktober 2015 erzielte. Die Nachfrage aus den USA, Europa und dem Nahen Osten verstärkte sich. Der Dienstleistungssektor verzeichnete ein Wachstum und in der Bauindustrie schwächte sich der Rückgang ab. Im November nahmen die festen Anstellungen kräftig zu, die Arbeitnehmerentgelte stiegen und es kam bereits zu einer Angebotsknappheit (*Markit Report on Jobs*). Trotz guter Wirtschaftsdaten ist das Konsumentenvertrauen (GfK) im November wieder auf dem Wert nach der Brexit-Abstimmung gesunken. Die Konsumenten befürchten wirtschaftliche Turbulenzen im In- und Ausland und Preissteigerungen.

Die Wirtschaft der **Schweiz** ist im Jahr 2016 voraussichtlich um 1.4 % gewachsen. In der ersten Jahreshälfte gingen die Impulse von der Inlandsnachfrage aus, aber auch die Exporte entwickelten sich besser als erwartet. Nach einer Stagnation in den Sommermonaten dürfte die Konjunktur am Jahresende wieder anziehen. Die Investitionen könnten zunehmen und die Exporte dürften sich verstärken. Die Verbraucherpreise sind 2016 nicht mehr so stark gefallen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) weicht nicht von ihren rekordtiefen Negativzinsen ab. Damit will sie den aus ihrer Sicht deutlich überbewerteten Franken für Anleger weniger attraktiv machen und so die Konjunktur ankurbeln. Das Zielband für den Referenzzins Dreimonats-Libor beließ die Notenbank im September unverändert bei -1.25 % bis -0.25 %. Im Jahr 2017 wird die Wirtschaft voraussichtlich um 1.6 % wachsen. Eine stärkere Dynamik dürften vor allem die Bauinvestitionen und die Exporte entfalten. Die Verbraucherpreise dürften hingegen noch immer leicht sinken. Die Zinsen werden voraussichtlich negativ bleiben. Die hohen Produktionskosten, der weltweit enorme Wettbewerbsdruck und der starke Franken zwingen die Unternehmen zu Produktivitätssteigerungen. Die KOF geht davon aus, dass durch den angestrebten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU weder kurz- noch mittelfristig größere Verwerfungen entstehen werden.

Das BIP der Schweiz stagnierte im dritten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorquartal, im Vorjahresvergleich legte es um 1.4 % zu. Der private Konsum blieb zum Vorquartal unverändert, die Staatsausgaben gingen zurück. Moderate Zuwächse verzeichneten die Ausrüstungsinvestitionen und, nach Rückgängen in den vergangenen zwei Quartalen, die Bauinvestitionen. Damit lieferte die Inlandsnachfrage einen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum. Negative Impulse gingen hingegen von der Außenwirtschaft aus. Die Beschäftigung legte stärker als im Vorquartal zu. Im vierten

Quartal dürfte die Konjunktur wieder Fahrt aufgenommen haben. Die Verbraucherpreise fielen im Oktober um 0.2 %, die Arbeitslosenquote betrug 3.3 %. Die Konjunktur dürfte in den kommenden Monaten an Fahrt gewinnen. Der *Markit/Credit Suisse Index* stieg im November auf den höchsten Stand seit Februar 2014. Gemäß dem KOF-Geschäftslageindikator für die Privatwirtschaft wird sich die Konjunkturerholung im Schlussquartal fortsetzen. Auch bezüglich der weiteren Entwicklung ist die Zuversicht bei den Unternehmen gestiegen. Die Geschäftserwartungen hinsichtlich der kommenden sechs Monate sind positiver als noch zur Jahresmitte.

In den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** verlief die Expansion der Wirtschaftsleistung in den ersten drei Quartalen des ablaufenden Jahres trotz einer Verlangsamung im dritten Quartal robust. Dies war überwiegend auf die Zunahme des privaten Konsums infolge einer steigenden Beschäftigung bei fallenden Arbeitslosenquoten und wachsender Realeinkommen zurückzuführen. Die Investitionen gingen, nach der starken Dynamik im Vorjahr, in allen Ländern mit Ausnahme von Rumänien und Kroatien zurück. Ausschlaggebend hierfür war die verlangsamte Absorption von EU-Fördermitteln, da am Anfang der gegenwärtigen Förderperiode noch nicht so viele Projekte genehmigt worden sind. Der Außenbeitrag stützte das Wachstum in der Slowakei, in Slowenien und in Bulgarien, während er in den anderen Ländern aufgrund rasch steigender Importe einen negativen Wachstumsbeitrag lieferte.

Die expansive Ausrichtung der Geld- und Fiskalpolitik unterstützt die Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten in den Prognosejahren. Darüber hinaus dürfte in diesem Jahr die Wirtschaft dieser Länder von den weiterhin niedrigen Rohstoffpreisen und der noch geringen Inflation in Verbindung mit relativ hohen Lohnzuwächsen profitiert haben. Wegen des Wegfalls des Energiepreiseffekts und der belebten Konjunktur wird die Inflation wieder anziehen. Die expansive Konjunkturdynamik wird im nächsten Jahr den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit fördern. Nach einer schwächeren Dynamik im Jahr 2016 dürfte die Umsetzung der mit EU-Mitteln kofinanzierten öffentlichen Investitionsvorhaben in den nächsten zwei Jahren zusätzliche Konjunkturimpulse auslösen. Alles in allem ist eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den MOEL-5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) um 2.6 % in diesem Jahr, 3.0 % im Jahr 2017 und 3.1 % im Jahr 2018 zu erwarten.

Die Wirtschaft in **Ungarn** verlor im dritten Quartal weiter an Fahrt. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich um 1.6 % gegenüber dem Vorjahr und um 0.3 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde vom privaten Konsum getragen. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen gingen zurück. Zudem trug eine Kontraktion in der Industrie, die teilweise auf einen Produktionsrückgang in der Automobilindustrie zurückzuführen ist, zur Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik bei. Die niedrigen Energiepreise, Lohnsteigerungen und Steuersenkungen stützten hingegen den privaten Konsum. Dessen Wachstum trieb die Importe an und führte zu einem negativen Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum. Die Inflation betrug im Oktober 1.1 %. Die Beschäftigung erhöhte sich seit Anfang des Jahres stark. Die Arbeitslosenquote lag im September mit 4.9 % deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die guten Arbeitsmarktaussichten und die expansive Geldpolitik stützen in der Prognoseperiode die Konjunktur. Nach der langsameren Absorption von EU-Fördermitteln im heurigen Jahr dürfte sich die Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren wieder beleben und das Wachstum tragen. Nach einem BIP-Wachstum um 1.5 % heuer dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2017 und 2018 um 2.5 % bzw. 2.9 % zunehmen.



Die Wirtschaft in **Polen** expandierte im dritten Quartal um 2.2 % zum Vorjahresquartal und um 0.2 % gegenüber dem Vorquartal. Die schwächere Entwicklung seit Jahresanfang ist auf die negative Dynamik der mit EU-Mitteln kofinanzierten Investitionen zurückzuführen. Steigende Löhne und Beschäftigung sowie niedrige Zinsen und Inflation ermöglichten hingegen eine starke Zunahme des privaten Konsums. Der öffentliche Konsum erhöhte sich ebenfalls deutlich. Wegen der kräftigen Importdynamik fiel der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum negativ aus. Die Inflation war im Oktober das erste Mal seit Anfang des Jahres positiv und betrug 0.1 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und lag im Oktober mit 5.7 % um 1.6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Für 2016 wird mit einem BIP-Wachstum von 2.7 % gerechnet. Infolge der starken Inlandsnachfrage, gestützt durch eine expansive Fiskalpolitik und eine Belebung der Investitionstätigkeit, dürfte sich das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr und im Jahr 2018 auf 3.3 % bzw. 3.4 % beschleunigen.

In **Tschechien** nahm die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 0.2 % gegenüber dem Vorquartal und damit langsamer als in den zwei vorangegangenen Quartalen zu. Im Vorjahresvergleich erhöhte sie sich um 1.9 %. Der private Konsum leistete infolge steigender verfügbarer Einkommen und niedriger Inflation, ähnlich wie die Investitionen, einen, wenngleich moderaten, Beitrag zur BIP-Expansion. Die Nettoexporte und der öffentliche Konsum sanken hingegen. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober lediglich 3.8 %. Die Inflation erhöhte sich im Oktober auf 0.8 %. Nach der starken Expansion im Vorjahr ist die Wirtschaft Tschechiens in diesem Jahr mit 2.5 % moderat gewachsen. In den Jahren 2017 und 2018 dürfte die Wirtschaftsleistung infolge einer Belebung der Investitionen und eines anhaltenden starken Konsumwachstums um jeweils 2.7 % expandieren.

Gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres erhöhte sich das BIP in der **Slowakei** im dritten Quartal um 3.2 % bzw. um 0.7 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde von der Auslandsnachfrage und dem privaten und öffentlichen Konsum getragen. Die Investitionen waren hingegen stark rückläufig. Die Inflationsrate ist seit Anfang des Jahres negativ und belief sich im Oktober auf -0.3 %. Die Arbeitslosenquote sank im Laufe des heurigen Jahres kontinuierlich und betrug im Oktober 9.1 %, die niedrigste Quote in den letzten sechs Jahren. Mit stark steigender Beschäftigung und zunehmenden Realeinkommen dürfte die Expansion der Wirtschaftsaktivität heuer, trotz einer schwachen Entwicklung der öffentlichen Investitionen, 3.4 % betragen. Durch geplante ausländische Investitionen in der Automobilindustrie in Höhe von rund 2 Mrd. Euro im Zeitraum 2016 bis 2018 dürfte die slowakische Wirtschaft neue Impulse bekommen und in den Jahren 2017 und 2018 um 3.2 % bzw. 3.5 % zunehmen.

Im dritten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung in **Slowenien**, die Produktion nahm um 1.0 % zum Vorquartal bzw. um 3.0 % im Vorjahresvergleich zu. Der private und der öffentliche Konsum sowie der Lageraufbau trugen das Wachstum. Die Nettoexporte leisteten ebenfalls einen positiven Beitrag. Während die Ausrüstungsinvestitionen zunahmen, verringerte sich das Volumen der Bauinvestitionen, sodass der Beitrag der Anlageinvestitionen zum Wachstum negativ ausfiel. Im Oktober erhöhte sich die Inflationsrate auf 0.7 %. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 7.6 % und lag damit um 0.9 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Das BIP-Wachstum dürfte in den Jahren 2016 und 2017 2.4 % bzw. 2.3 % betragen und sich 2018 auf 2.5 % erhöhen. Zunehmende Beschäftigung und steigende Löhne sowie eine allmähliche Belebung der Investitionen werden die

Inlandsnachfrage stützen. Eine restriktivere Fiskalpolitik, um das Haushaltsdefizit zu verringern, dürfte das BIP-Wachstum in den nächsten Jahren hingegen etwas dämpfen.

In **Rumänien** erhöhte sich das BIP im dritten Quartal um 4.6 % im Vorjahresvergleich bzw. um 0.6 % gegenüber dem Vorquartal. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen expandierten kräftig. Die Nettoexporte wiesen hingegen einen negativen Beitrag zum Wachstum auf, da sich die dynamische Inlandsnachfrage in steigenden Importen niederschlug. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 5.8 % und verringerte sich damit im Jahresabstand um 0.8 Prozentpunkte. Im Oktober wurde eine positive Inflationsrate (0.1 %) verzeichnet. In der Prognoseperiode bleibt die Fiskalpolitik expansiv ausgerichtet, allerdings weniger stark als 2016. Der private Konsum dürfte sich etwas abschwächen. Die Umsetzung weiterer Infrastrukturinvestitionen, kofinanziert durch EU-Fördermittel, wird die Konjunktur stützen. Nach einer Zunahme um 4.7 % im heurigen Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung 2017 und 2018 um 3.7 % bzw. 3.5 % expandieren.

Im dritten Quartal blieb das Wachstum in **Bulgarien** mit 3.4 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bzw. 0.7 % gegenüber dem Vorquartal robust. Die Expansion wurde vom privaten Konsum und den Nettoexporten getragen. Die Ausrüstungsinvestitionen und der öffentliche Konsum waren hingegen rückläufig. Die Inflationsrate blieb im negativen Bereich und betrug im Oktober -1.0 %. Die Arbeitslosenquote lag mit 7.4 % im Oktober um 0.7 Prozentpunkte unter dem Vorjahrsniveau. Mit sinkender Arbeitslosigkeit, steigender Beschäftigung und kräftigem Einkommenswachstum – infolge der Anhebung des Mindestlohns und der Erhöhung der Pensionen – bekommt der private Konsum in der Prognoseperiode neue Impulse. Der schwächere Euro, an den der bulgarische Lev gekoppelt ist, dürfte die Exporte stützen. Infolgedessen ist das BIP in Bulgarien heuer wohl um 3.3 % expandiert. In den Jahren 2017 und 2018 dürfte die Wirtschaftsleistung um jeweils 3.0 % zunehmen.

In **Kroatien** beschleunigte sich das Wachstum und das BIP erhöhte sich im dritten Quartal um 2.7 % gegenüber dem Vorjahresquartal bzw. um 1.7 % gegenüber dem Vorquartal. Die Inlandsnachfrage trug das Wachstum. Die Zunahme der Investitionen beschleunigte sich und der private Konsum sowie der Tourismus expandierten kräftig. Der Beitrag der Auslandsnachfrage zum Wachstum war dagegen negativ. Im Oktober sank die Inflationsrate auf -0.3 % und die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 12.7 % (-3.4 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). In der Prognoseperiode sind aufgrund der sinkenden Arbeitslosigkeit und steigender Realeinkommen, infolge von Steuersenkungen, die Anfang 2017 in Kraft treten sollten, weitere Impulse vom privaten Konsum zu erwarten. Das BIP dürfte in den Jahren 2017 und 2018 aufgrund einer Belebung von der EU kofinanzierten Investitionen um jeweils 2.5 % expandieren. Für heuer wird mit einer BIP-Zunahme von 2.3 % gerechnet.

In **Russland** setzte sich in den ersten drei Quartalen des heurigen Jahres die Rezession fort, allerdings mit einem langsameren Tempo als im Vorjahr. Das BIP nahm im dritten Quartal im Vorjahresvergleich infolge eines kräftigen Rückgangs der privaten Konsumnachfrage um 0.4 % ab. Die Investitionen erhöhten sich leicht. Die Trendwende bei den Investitionen führte zu einer Zunahme der Importe von Investitionsgütern. Der Rückgang der Exporte verlangsamte sich im Vorjahresvergleich. Expansiv wirkten die starke Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion sowie die Erhöhung der Staatsausgaben, insbesondere für Rüstungsgüter. Dadurch hat sich das Haushaltsdefizit in diesem Jahr auf mehr als 4 % des BIP ausgeweitet. Trotz der Rezession blieb die

Arbeitslosenquote im Oktober mit 5.4 % niedrig. Die Inflationsrate betrug im Oktober 6.2 % und dürfte laut Zentralbank im nächsten Jahr weiter zurückgehen. Die hohe Unsicherheit und die Kapitalknappheit dürften die private Investitionstätigkeit in der Prognoseperiode dämpfen. Der private Konsum könnte sich wegen leicht steigender Realeinkommen etwas erholen. Für dieses Jahr ist mit einem erneuten Rückgang des russischen BIP um 0.7 % zu rechnen. In den Jahren 2017 und 2018 könnte die Wirtschaftsleistung bei einer Stabilisierung des Ölpreises um 1.1 % bzw. 1.5 % zunehmen.

## Internationale Rahmenbedingungen

### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2014	2015	2016	2017	2018
Welthandel	2.7	2.0	1.0	2.8	3.3
<b>BIP, real</b>					
Deutschland	1.6	1.7	1.8	1.4	1.5
Italien	0.1	0.7	0.9	0.9	1.0
Frankreich	0.6	1.3	1.2	1.3	1.4
Vereinigtes Königreich	3.1	2.2	2.1	1.1	0.8
Schweiz	2.0	0.8	1.4	1.6	1.6
USA	2.4	2.6	1.6	2.3	2.5
Japan	0.0	0.6	0.7	0.9	0.7
China	7.3	6.9	6.7	6.3	6.0
Polen	3.3	3.9	2.7	3.3	3.4
Slowakei	2.6	3.8	3.4	3.2	3.5
Tschechien	2.7	4.5	2.5	2.7	2.7
Ungarn	4.0	3.1	1.5	2.5	2.9
Slowenien	3.1	2.3	2.4	2.3	2.5
MOEL-5*)	3.1	3.7	2.6	3.0	3.1
Bulgarien	1.3	3.6	3.3	3.0	3.0
Rumänien	3.1	3.7	4.7	3.7	3.5
Kroatien	-0.5	1.6	2.3	2.5	2.5
Russland	0.7	-3.7	-0.7	1.1	1.5
Euroraum	1.2	2.0	1.7	1.5	1.6
NMS-6*)	2.8	3.5	2.9	3.1	3.2
EU-28	1.6	2.2	1.8	1.5	1.6
OECD	1.9	2.1	1.7	2.0	2.1
Welt	3.4	3.2	2.9	3.2	3.4
Österreichische Exportmärkte	3.5	3.5	2.8	3.3	3.6
USD/EUR Wechselkurs**)	1.33	1.11	1.11	1.06	1.06
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)**)	99.3	53.0	45.0	57.0	60.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

\*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

\*\*\*) absolute Werte

### 3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** entwickelte sich 2016 nur verhalten. Die Exporte litten unter der weltweit schleppenden Nachfrage. Nach einer mäßigen Dynamik in der ersten Jahreshälfte stagnierten die Exporte in den Sommermonaten nahezu. Die Schwäche bei den Warenexporten wurde jedoch von den Dienstleistungsexporten, insbesondere vom Tourismus, abgedeckt. Am Jahresende dürften die Warenexporte wieder stärker gestiegen sein. Von der erwarteten Festigung der Weltkonjunktur im kommenden Jahr sollte auch die österreichische Exportwirtschaft profitieren.

Die nominellen Warenexporte laut Statistik Austria sind im dritten Quartal um 2.6 % gesunken, nach einer positiven Entwicklung in der ersten Jahreshälfte. Die Nachfrage aus Europa gab nach, die Exporte in den Euroraum fielen dabei um 0.9 %. Die Exporte in die Länder außerhalb der Währungsunion fielen mit 4.4 % noch stärker. Innerhalb der großen Warengruppen wiesen im dritten Quartal nur die Exporte von chemischen Erzeugnissen mit 2.5 % einen Zuwachs auf. Die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen fielen um 2.3 %. Der Rückgang der Exporte von Fertigwaren und Vorleistungen betrug 6.4 % bzw. 5.5 %. Im Zuge der weiterhin schleppenden Weltkonjunktur ist für den Jahresdurchschnitt 2016 mit einem nominellen Exportwachstum von 1.1 % zu rechnen. Das Wachstumstempo wird sich 2017 und 2018 mit Werten von 3.8 % bzw. 4.3 % wieder verstärken. Im Jahr 2016 sind die Warenimporte insbesondere aufgrund der stärkeren Binnennachfrage um 1.4 % gestiegen. Für die Jahre 2017 und 2018 wird ein Importwachstum von 4.2 % bzw. 3.4 % erwartet.

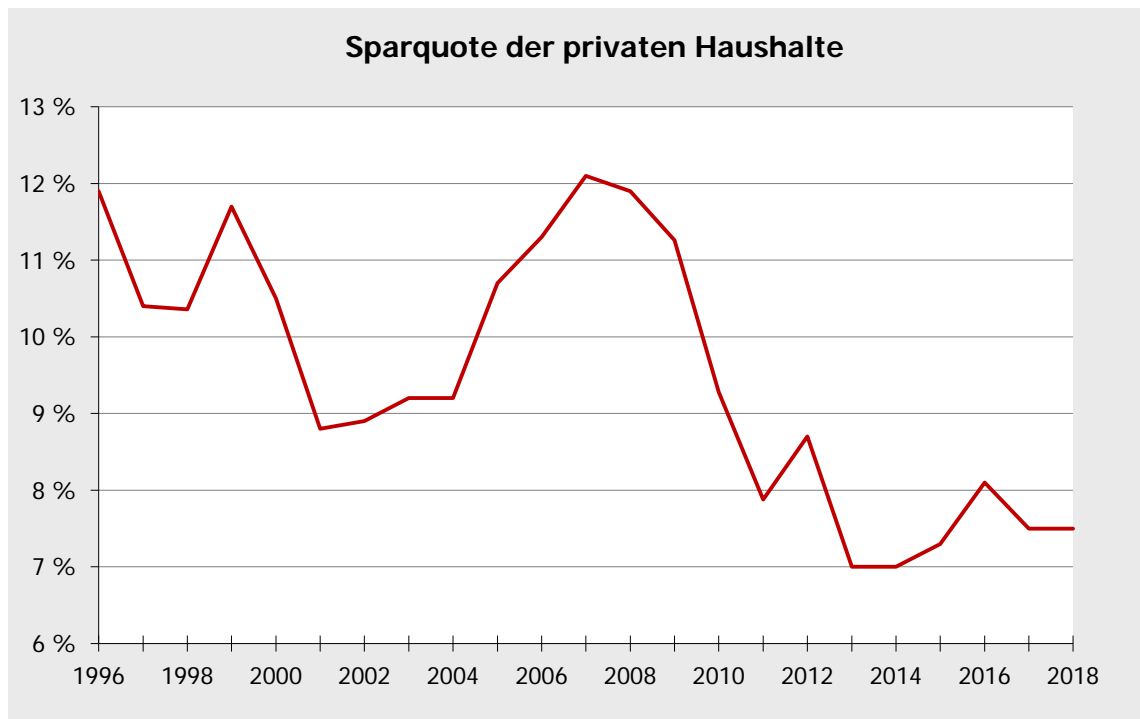
Von Jänner bis Oktober legten die Nächtigungen von Ausländern in Österreich um 5.4 % zu. Nach einer guten Wintersaison wurde auch in den Sommermonaten ein beträchtliches Nächtigungsplus verzeichnet. Dies geht vor allem auf die Reisenden aus Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz zurück. Die Übernachtungen von Reisenden aus Osteuropa nahmen ebenfalls zu. Rückgänge gab es bei den Nächtigungen von Touristen aus den USA und Italien. Im Jahr 2016 könnten daher die nominellen Reiseverkehrsexporte einen Zuwachs von 4.6 % erzielt haben. In den kommenden Jahren werden sie um 2.5 % bzw. 2.3 % zulegen. Für die Reiseverkehrsimporte wird für 2016 ein Zuwachs um 1.5 % erwartet, in den Jahren 2017 und 2018 könnten sie um jeweils 3.0 % steigen.

Bei den realen Exporten i. w. S. laut VGR wird für das Jahr 2016 mit einer Zunahme um 2.4 % gerechnet. Im Jahr 2017 werden sie um 3.1 % und 2018 um 3.2 % zulegen. Das Wachstum der realen Warenexporte dürfte sich 2016 auf 2.3 % verlangsamt haben. In den Jahren 2017 und 2018 dürfte der Zuwachs 3.3 % bzw. 3.5 % betragen. Aufgrund der regen Inlandsnachfrage dürften die realen Importe i. w. S. laut VGR 2016 um 3.5 % gewachsen sein. Für die Jahre 2017 und 2018 werden Wachstumsraten von 3.4 % bzw. 2.9 % erwartet. Die realen Warenimporte dürften 2016 um 4.0 % gewachsen sein. In den Jahren 2017 und 2018 ist mit einem Anstieg um 3.4 % bzw. 2.9 % zu rechnen.

## 4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Zum ersten Mal seit mehreren Jahren ist derzeit ein deutliches Wachstum der realen Haushaltsausgaben für Dienstleistungen und Waren zu verzeichnen. Mehrere Indikatoren für den Konsum, wie die monatlich erhobenen Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen oder die Umsätze im Einzelhandel, zeigen in die gleiche Richtung, nämlich aufwärts. Die Steuerreform scheint gerade jenen Tropfen geliefert zu haben, der den Konsumstrom zum Fließen gebracht hat. In den kommenden beiden Jahren dürfte sich diese Betonung der Ausgabenfreude fortsetzen. Teilweise werden auch die Einkommensgewinne des laufenden Jahres noch Impulse für die Folgezeit abgeben, weil sie erst später voll umgesetzt werden.

Der **private Konsum** verzeichnet im ablaufenden Jahr die stärkste Expansionsrate seit 2006. Der reale Konsum der privaten Haushalte wächst um 1.4 %. Dennoch bleibt dieser Wert gegenüber der Dynamik der verfügbaren Realeinkommen zurück, denen die Steuerreform einen Wachstumsschub von 2.3 % beschert hat. Somit ergibt sich ein spürbarer Anstieg der Sparquote der österreichischen Haushalte auf 8.1 %. Für 2017 weist die Prognose ein reales Konsumwachstum von 1.1 % aus, dem eine Zunahme der verfügbaren Realeinkommen um 0.4 % gegenüber steht. Die Haushaltssparquote wird demnach etwas zurückgehen. In Jahr 2018 wachsen dann die Realeinkommen um knapp 1.0 %, der Konsum der Haushalte wächst im Gleichschritt und die Sparquote verharrt auf ihrem Niveau.



Die Grafik zeigt die Entwicklung der **Haushaltssparquote** seit 1996. Deutlich zu erkennen ist, dass diese Kenngröße in den Jahren 2005 bis 2010 einen Wellenberg gebildet hat, der seither von unregelmäßigen Bewegungen im Bereich von 7 % bis 9 % abgelöst wurde. Eine kürzlich erfolgte Revision der sektoralen Einkommensrechnung weist hier etwas niedrigere Werte aus als noch zuletzt. Unter den vielen Einflüssen, welche die Höhe der Haushaltssparquote mitbestimmen, ist

neben demografischen Trends, langfristigen Sparzielen und anderen Determinanten vor allem die Verteilung zwischen Lohn- und Gewinneinkommen von Interesse. Löhne sind auch heute noch konsumwirksamer als Gewinne. Die Steuerreform 2016 hat, im Gegensatz zum vorigen Reformpaket 2009/10, verteilungsneutral gewirkt, die erstarkten Lohneinkommen lassen keine übermäßige Expansion der Haushaltssparquote zu. Im Reformjahr selbst wird noch gerade ein Wert von über 8 % erreicht, weil nicht der gesamte Einkommensschub sofort konsumiert wird, im Folgejahr kommt es zu dem für die Dynamik von Steuerreformen so typischen gegenläufigen Rückgang. In den Prognosejahren 2017 und 2018 werden die Gewinneinkommen wieder leicht begünstigt, was wiederum ein noch stärkeres Fallen dieser Kenngröße verhindert. Für die Prognosejahre 2017 und 2018 wird ein Wert von 7.5 % ausgewiesen.

Das relativ kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbsscharakter** wird oft gemeinsam mit dem privaten Konsum behandelt, seine Dynamik hat sich jedoch zuletzt deutlich vom Konsum der Haushalte getrennt, die Zuwachsraten sind systematisch etwas höher. Heuer wächst dieses Aggregat real um 2.5 %, in den beiden Folgejahren um je 1.5 %.

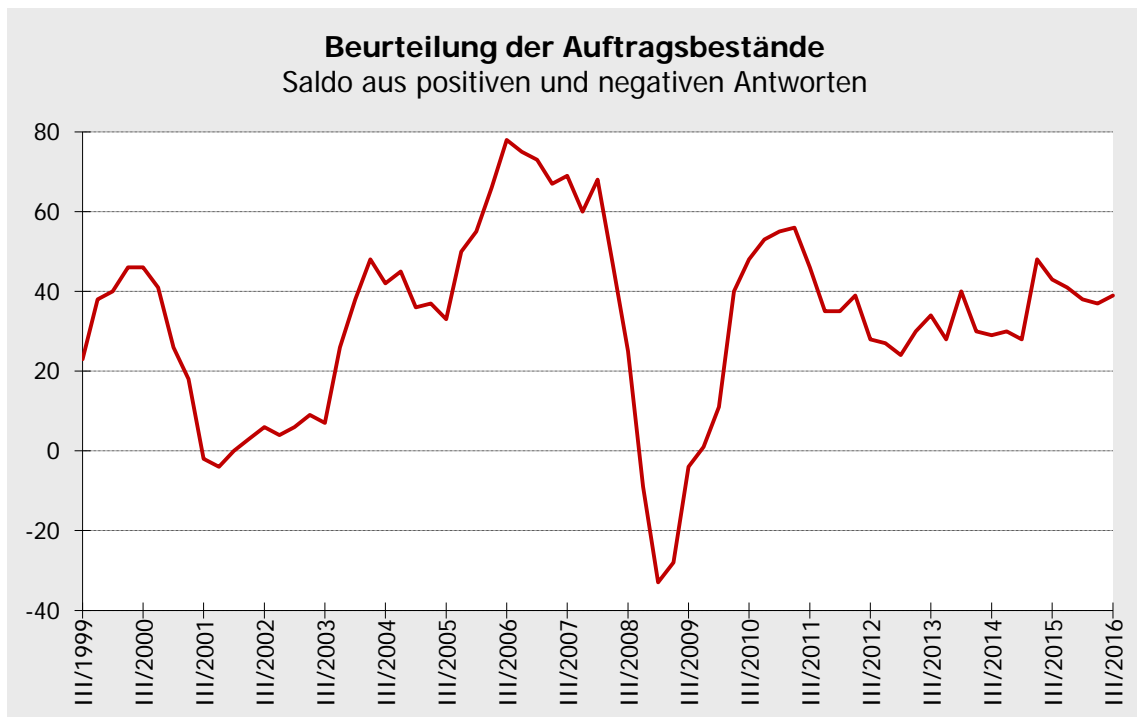
Die Investitionen sind im Verlauf dieses Jahres zu einer wichtigen Konjunkturstütze geworden. Insbesondere in Maschinen und Fahrzeuge wurde kräftig investiert, aber auch die sonstigen Bauinvestitionen gewannen an Schwung.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen, Forschung und Entwicklung) übertrafen im Durchschnitt der ersten neun Monate 2016 ihren Stand aus dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um rund 5 %. Im dritten Quartal erreichte das Wachstum 6.3 %, nach 6.6 % im zweiten Quartal. Getragen wurde das kräftige Wachstum von den Investitionen in Fahrzeuge, die in den ersten drei Quartalen um 18.3 % ausgeweitet wurden. Etwas weniger dynamisch, mit 6.7 % aber ebenfalls kräftig, fiel die Ausweitung der Investitionen in Maschinen und Geräte aus. Knapp 3 % erreichte das Wachstum bei den sonstigen Anlagen und den Investitionen in geistiges Eigentum.

Im Prognosezeitraum dürfte sich die robuste Sachkapitalbildung fortsetzen, wenngleich die Expansion etwas an Schwung verlieren dürfte. Gleichwohl dürften die Investitionen – im Einklang mit der Akzelerator-Theorie – weiterhin stärker als die gesamte Nachfrage ausgeweitet werden. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten sind derzeit normal ausgelastet. Mit der steigenden Nachfrage wird neben dem Erneuerungsmotiv der Bedarf an einer Ausweitung der Kapazitäten mehr und mehr an Bedeutung gewinnen. Die Finanzierungsbedingungen bleiben günstig, sowohl im Hinblick auf die anhaltend niedrigen Fremdkapitalzinsen als auch hinsichtlich der Finanzierung aus einbehaltenen Gewinnen. Die Kreditbedingungen für Unternehmen wurden im dritten Quartal gemäß den Österreich-Ergebnissen im Rahmen der euroraumweiten Umfrage zum Kreditgeschäft (*Bank Lending Survey*) geringfügig gelockert. Für das vierte Quartal erwarteten die Geschäftsbanken keine Änderung.

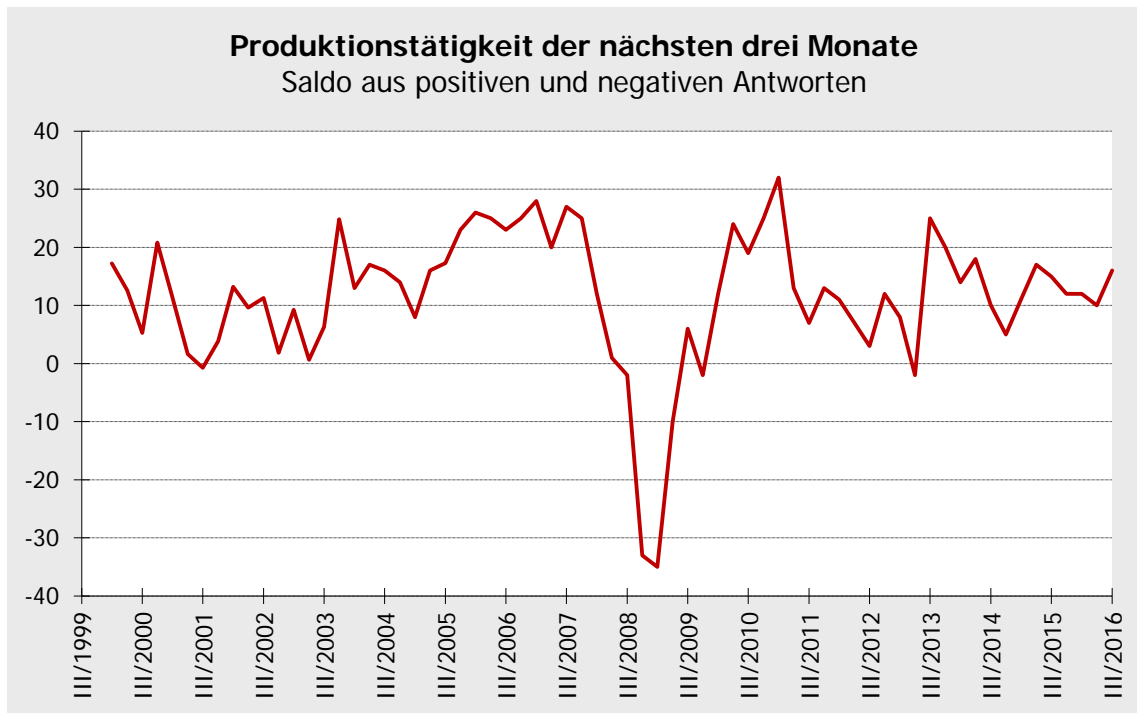
Aufgrund der Investitionsschwäche dürfte sich in den vergangenen Jahren ein hoher Erneuerungsbedarf aufgestaut haben, der im Zuge der anziehenden Konjunktur im heurigen Jahr abgearbeitet wurde und somit die Sachkapitalbildung zusätzlich stützte. Dieser zusätzliche Schub wird im Prognosezeitraum aber nun fehlen, was zu einer Abschwächung der Dynamik beiträgt. Die Beurteilung der Auftragsbestände und der künftigen Produktionstätigkeit signalisiert eine

Fortsetzung der moderaten Konjunkturerholung, womit eine gemäßigte Expansion der Ausrüstungsinvestitionen einhergehen dürfte. Belastet wird die Investitionstätigkeit in den kommenden Jahren voraussichtlich durch die hohe geopolitische Unsicherheit, etwa im Zusammenhang mit den anstehenden EU-Austrittsverhandlungen des Vereinigten Königreichs, dem gescheiterten Verfassungs-Referendum in Italien und möglichen protektionistischen Tendenzen in der Weltwirtschaft. Unter Berücksichtigung der genannten Faktoren erwartet das Institut, dass die Ausrüstungsinvestitionen im heurigen Jahr um 5.3 %, im Jahr 2017 um 3.3 % und im Jahr 2018 um 3.0 % ausgeweitet werden.

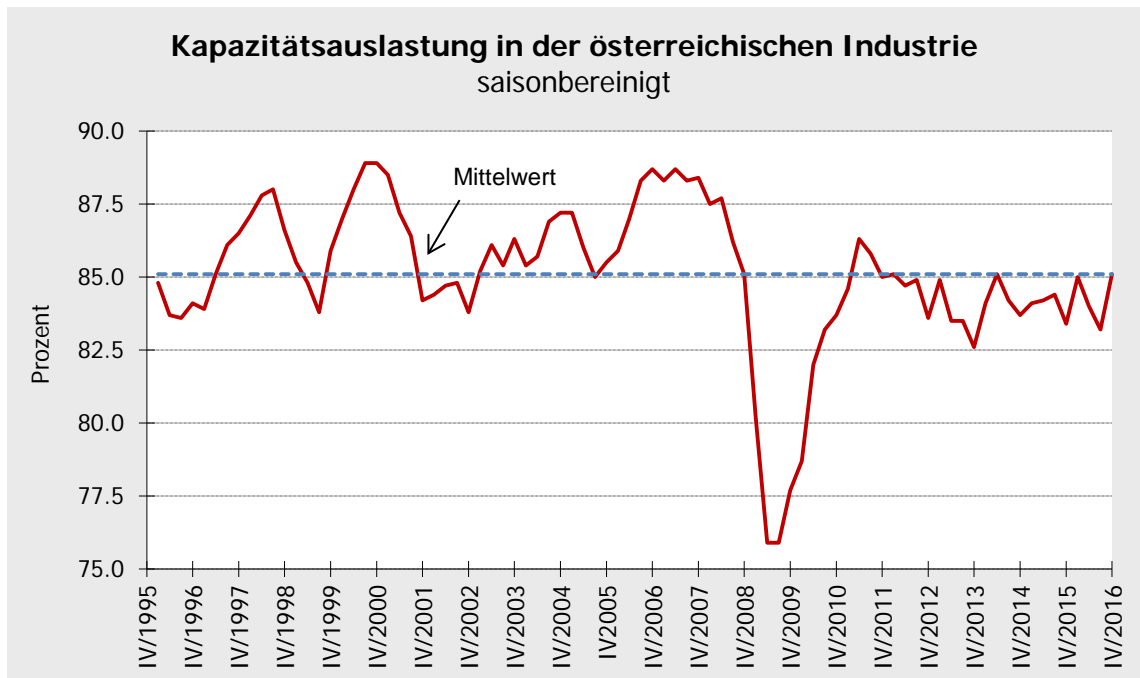


Quelle: Industriellenvereinigung





Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Aufgrund der schwachen internationalen Investitionsnachfrage und Rohstoffpreisentwicklung hat sich der Preisauftrieb bei den Investitionsgütern im Jahresverlauf weiter abgeschwächt. Der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen stieg im dritten Quartal nur noch um 0.4 % im Vorjahresvergleich, nachdem er im ersten Quartal noch um 0.9 % zugelegt hatte. Für den Jahresdurchschnitt kann mit einem Anstieg um 0.7 % gerechnet werden. Mit der anziehenden globalen Konjunktur und steigenden Rohstoffpreisen wird ein etwas beschleunigter Auftrieb der Investitionsgüterpreise einhergehen. Das Institut geht daher davon aus, dass der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2017 und 2018 jeweils um 1.3 % zunehmen wird.

Auch die **realen Bauinvestitionen** wurden im ablaufenden Jahr deutlich ausgeweitet, wenngleich sich die Expansion im dritten Quartal etwas verlangsamt. Im Durchschnitt der ersten neun Monate stiegen die sonstigen Bauinvestitionen um 2.7 %, die Wohnbauinvestitionen aber nur um 0.4 %. Für die gesamten Bauinvestitionen ergibt sich daraus ein Wachstum um 1.7 %. Die anhaltende Schwäche der Wohnbauinvestitionen überrascht vor dem Hintergrund der günstigen Fundamentalfaktoren. Die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Steuerreform und die geringe Preissteigerung stützen die verfügbaren Realeinkommen. Die Inflation wird in den kommenden Monaten wohl anziehen, sodass die Realeinkommen im Prognosezeitraum weniger stark expandieren werden. Die Finanzierungsbedingungen dürften im Prognosezeitraum vorteilhaft bleiben, auch wenn die Zinsen wohl allmählich steigen werden. Auch der Anstieg der Wohnbevölkerung und der Immobilienpreise dürfte sich fortsetzen. Die hohe Arbeitslosigkeit und geopolitische Unsicherheiten könnten die Anschaffungsneigung der privaten Haushalte dämpfen, insbesondere wenn diese Anschaffungen, wie bei Wohnimmobilien, mit hohen und langfristigen finanziellen Verbindlichkeiten verbunden sind. Von der Wohnbauinitiative der Bundesregierung sollten im Prognosezeitraum Impulse auf den Wohnbau ausgehen. Die kräftige Ausweitung der Baubewilligungen deutet darauf hin, dass der Wohnbau im kommenden Jahr spürbar zulegen wird. Im Durchschnitt des ersten Halbjahrs 2016 waren etwa die Baubewilligungen für Wohnungen in Gebäuden mit drei oder mehr Wohnungen um mehr als ein Drittel höher als im selben Zeitraum des Vorjahres.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen wurden im ablaufenden Jahr kräftig ausgeweitet. Aufgrund der robusten Konjunktur werden die Unternehmen wohl auch weiterhin in die Errichtung von Geschäftsgebäuden investieren. Auch dieses Investitionssegment dürfte von den niedrigen Zinsen und den vorteilhaften Selbstfinanzierungsbedingungen profitieren. Der Tiefbau dürfte dagegen weiterhin von der angespannten Finanzlage der öffentlichen Hand gedämpft werden. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen in den beiden kommenden Jahren jeweils um 1.5 % ausgeweitet werden, nach 1.6 % im ablaufenden Jahr.

Aufgrund des Rückgangs der Preise verschiedener Rohstoffe und Materialien im Baubereich sind die Baupreise im ablaufenden Jahr nur moderat gestiegen. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale waren die Preise im Hochbau um 1.8 % und im Tiefbau nur um 0.4 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Deflator der Bauinvestitionen erhöhte sich im selben Zeitraum um 1.5 %. Zuletzt sind die Rohstoffpreise aber wieder gestiegen, sodass die Baupreise im dritten Quartal etwas stärker anzogen. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Entwicklung der Rohstoffpreise in einem etwas kräftigeren Auftrieb der Baupreise niederschlagen. Nach 1.5 % im Jahresdurchschnitt 2016 dürfte der Deflator der Bauinvestitionen in den beiden kommenden Jahren um 1.8 % bzw. 2.1 % steigen.

Im Durchschnitt der ersten neun Monate des ablaufenden Jahres waren die **Bruttoanlageinvestitionen**, also die Summe aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, um 3.6 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, während die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) nur um 1.7 % zunahmen. Dies bedeutet, dass die Lagerbestandsveränderungen das gesamtwirtschaftliche Wachstum gedämpft haben. Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen folgt, dass die Bruttoanlageinvestitionen in den Jahren 2017 und 2018 um 2.4 % bzw. 2.3 % steigen werden, nach 3.6 % im heurigen Jahr. Die gesamten Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften in den beiden kommenden Jahren mit 2.7 % bzw. 2.6 % etwas stärker als die Anlageinvestitionen ausgeweitet werden, sodass von den Lagerbestandsveränderungen geringfügige positive Wachstumsbeiträge ausgehen werden. Im ablaufenden Jahr dürften die Bruttoinvestitionen um 2.9 % gestiegen sein.

Die **öffentlichen Haushalte** sind im Prognosezeitraum durch die Konsolidierungsbemühungen der Bundesregierung geprägt, welche durch das Nachwirken der Steuerreform und durch die Kosten für die Versorgung und Integration der Flüchtlinge erschwert werden. Aufgrund des geringen budgetären Spielraums geht das Institut davon aus, dass die beschlossenen Maßnahmen zur Gegenfinanzierung, insbesondere in der Betrugsbekämpfung, konsequent umgesetzt werden. In den nächsten beiden Jahren wird eine langsame Rückkehr zu einem weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt erfolgen, welche aber aufgrund von noch nicht umgesetzten tiefgreifenden Reformen noch nicht nachhaltig ist. Die gesamtstaatliche Defizitquote ist im Jahr 2016 aufgrund der Steuerreform und der gestiegenen Ausgaben zur Bewältigung des Flüchtlingsaufkommens auf 1.6 % gestiegen. In den folgenden beiden Jahren sollte das Maastricht Defizit auf 1.4 % und 1.0 % zurückgehen.

Der Anstieg des Defizits ist wesentlich durch die Steuerreform und den gestiegenen öffentlichen Konsum in Folge des starken Zustroms von Flüchtlingen im Vorjahr bedingt. Durch die etwas verbesserte Konjunktur und die damit verbundenen überraschend robusten Steuereinnahmen fällt der Anstieg des Defizits jedoch relativ zu den bisherigen Erwartungen gering aus. Ebenfalls trägt das außerordentlich niedrige Zinsniveau weiterhin dazu bei, die Finanzierungskosten gering zu halten. Dieser Rückgang der Zinskosten wird durch die Einigung mit den HETA-Gläubigern noch verstärkt und beträgt im Jahr 2017 bis zu 0.9 Milliarden Euro. Der weitere Rückgang des Defizits im Prognosezeitraum wird unterstützt von der sich voll entfaltenden Wirkung der Gegenfinanzierungsmaßnahmen, den Umsatzsteuereinnahmen aufgrund des robusten Konsums und dem durch die etwas höhere Inflation unterstützten Anstieg der direkten Steuern.

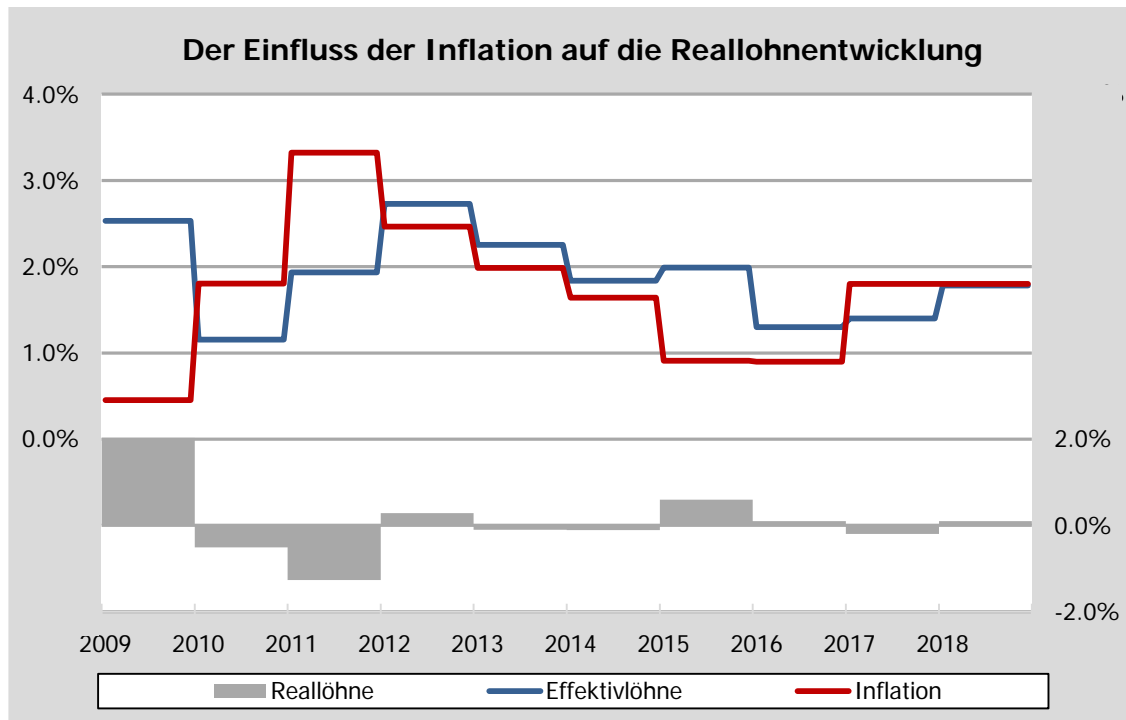
Gleichzeitig sind durch die Sicherheitsoffensive in Reaktion auf den vergangenen Flüchtlingszuzug erhebliche Mehrausgaben zu erwarten, und es besteht die Gefahr der Abkehr vom allgemeinen Diktat der Sparsamkeit in den betroffenen Ressorts. In diesem Sinne ist die Einmalzahlung an alle Pensionisten in Reaktion auf die zuletzt etwas bessere Entwicklung bei den Zuschüssen zu den Pensionen kritisch zu bewerten. Vielmehr benötigt es hier weitere Anstrengungen, das faktische Pensionsantrittsalter zu erhöhen und die Dynamik der Pensionsausgaben an die steigende Lebenserwartung anzupassen. Das Ergebnis der Neuverhandlungen des Finanzausgleichs ist im Wesentlichen eine Fortschreibung des Status Quo und somit eine vergebene Chance. Für eine zukunftsorientierte positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte muss eine klarere Abgrenzung und Entflechtung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden angestrebt werden, in

der Aufgaben und deren Finanzierung gemeinsam verteilt werden. Die ersten Schritte hin zu einer Aufgabenorientierung in der Finanzierung der Bereiche Elementarpädagogik und Pflichtschule sind in dieser Hinsicht positiv zu bewerten. Die Überführung des Wohnbauförderungsbeitrages in eine Landesabgabe kann als ein Testlauf für mehr Abgabenautonomie betrachtet werden. Weiters kann die geplante Einführung von *Spending Reviews* ein erster Schritt zu mehr Transparenz und besserer Steuerung sein.

Nach einem relativ starken Anstieg von 1.8 % im Jahr 2016 wird der reale öffentliche Konsum in den nächsten Jahren wieder auf einen moderaten Wachstumskurs von 0.8 % und 0.5 % zurückgehen. Dem gegenüber steht ein Anstieg der nominellen Transferausgaben um 2.8 % bzw. 3.0 %.

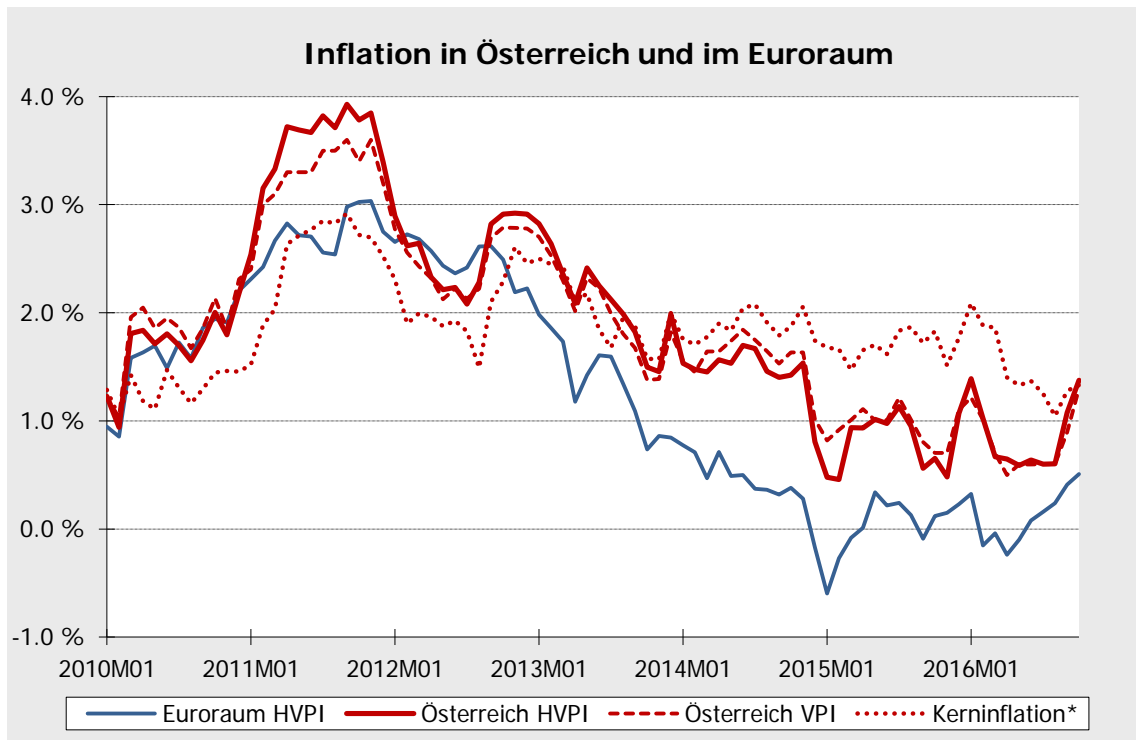
Der Zuwachs der **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** (Effektivlöhne) betrug im Durchschnitt der ersten drei Quartale dieses Jahres 1.4 %. Sie folgen damit annähernd der Entwicklung der Tariflöhne, die im selben Zeitraum um 1.6 % wuchsen. Unter Berücksichtigung der Inflation (Konsumdeflator) ist im Jahr 2016 mit stagnierenden Reallöhnen zu rechnen. Hierbei sind allerdings die Einkommensgewinne aufgrund der Steuerreform zu berücksichtigen. In der laufenden Lohnrunde haben sich die Tarifparteien auf ähnliche Abschlüsse (Metaller 1.7 %, Handel 1.3 %, Öffentlicher Dienst 1.3 %) wie im Vorjahr geeinigt (Metaller und Handel je 1.5 %, Öffentlicher Dienst 1.3 %). Dämpfend wirkten hierbei die niedrigeren Inflationsabgeltungen, die – neben der Produktivität – als Verhandlungsbasis für die Lohnverhandlungen dienen, sowie die ungünstige Arbeitsmarktsituation. Auf Grundlage dieser tarifparteilichen Einigung wird für 2017 mit einem Wachstum der Effektivlöhne um 1.4 % gerechnet. Immer wenn steigende Inflationsraten, wie derzeit beobachtet, mit einem vergleichsweise moderaten Effektivlohnwachstum zusammentreffen, wobei sich letzteres per tariflicher Übereinkunft an den Inflationsraten der vergangenen zwölf Monate orientiert, führt dies zu einer schwächeren Reallohnentwicklung. In Kombination mit nur kleinen erwarteten Zuwächsen der Arbeitsproduktivität kann es, wie für das kommende Jahr prognostiziert, zu rückläufigen Reallöhnen kommen (-0.2 %).

Für das Jahr 2018 geht das Institut von einem Anstieg der Effektivlöhne um 1.8 % aus, was unter Annahme der prognostizierten Inflationsrate eine Stagnation der Reallöhne bedeutet.



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Die **Inflation** (laut VPI) steigt seit September wieder. Während die Inflationsrate von April bis August dieses Jahres 0.6 % betrug, kommt seit September der auslaufende Basiseffekt des Rohölpreisverfalls zum Tragen. Im Oktober betrug die Inflationsrate bereits 1.3 %. Im Jahresdurchschnitt 2016 dürfte die Teuerung 0.9 % ausmachen. Infolge des Beschlusses der OPEC-Länder vor knapp drei Wochen, die Ölförderquoten zu beschränken, stieg der Ölpreis wieder auf knapp 55 US-Dollar je Barrel. Da auch Nicht-OPEC-Länder sich der Einigung anschließen wollen, geht das Institut davon aus, dass der Ölpreis mit 57 US-Dollar auch im nächsten Jahr bei seinem aktuellen Preisniveau, dem höchsten seit gut eineinviertel Jahren, verweilen wird. Der Bereich Restaurants, Bars und Hotels wird – unterstützt durch einen starken Tourismus – weiterhin preistreibend wirken. Auch die Konjunktur sowie die Entwicklung der Rohstoffpreise stehen einem zunehmenden Preisdruck nicht mehr entgegen. Allerdings schwächt sich der Anstieg der Lohnstückkosten etwas ab. Alles in allem erwartet das Institut im Jahresdurchschnitt 2017 eine Inflationsrate von 1.8 %. Unter der Annahme weitgehend stabiler Energie- und Rohstoffpreise und einer moderaten Lohnstückkostendynamik sollte die Teuerungsrate im Jahresdurchschnitt 2018 ebenfalls 1.8 % betragen.



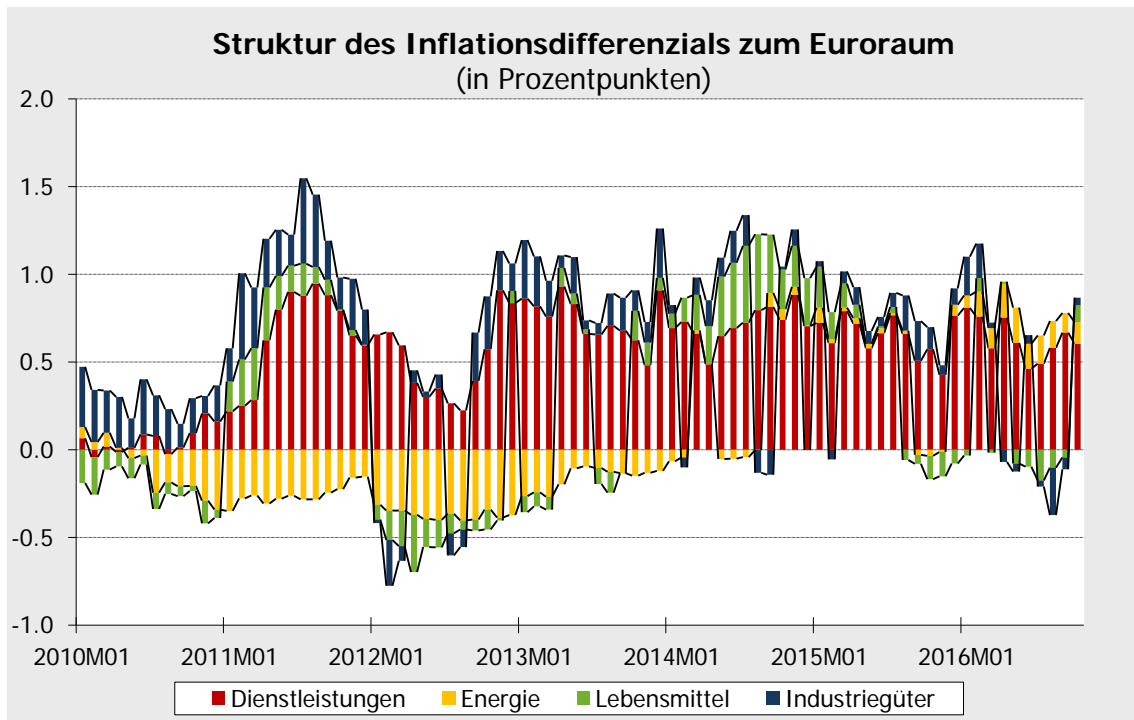
..Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen, \* Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie

Österreich hält sich weiterhin hartnäckig unter den Ländern des Euroraums mit der höchsten **Inflationsrate (HVPI)**. Im Jahresschnitt 2016 wird der Euroraum nur einen Preisanstieg von 0.2 % ausweisen. Bei einer Inflationsrate Österreichs von 1.0 % wird das Inflationsdifferenzial zum Euroraum somit 0.8 Prozentpunkte betragen. Wie schon seit längerem trägt dazu maßgeblich die Entwicklung der Dienstleistungspreise bei. Die Anhebung der Mehrwertsteuersätze von 10 % auf 13 % im Zuge der Steuerreform unterstützt diese Tendenz, allerdings nur marginal. Darüber hinaus fällt auf, dass im Oktober auch die Bereiche Lebensmittel sowie Industriegüter wieder einen positiven Beitrag zum Inflationsdifferenzial leisteten. Die Prognose für 2017 impliziert, dass sich das Inflationsdifferenzial zum Euroraum von derzeit 0.8 Prozentpunkten auf 0.5 Prozentpunkte reduzieren wird. Eine schnellere Rückkehr in das europäische Mittelfeld wird aber weiterhin durch den stärkeren Preisdruck im Bereich der Dienstleistungen verhindert. Für 2018 wird eine Inflationsrate im Euroraum von 1.5 % und in Österreich von 1.8 % prognostiziert.

#### Inflationsraten im Überblick

	2015	2016	2017	2018
Österreich laut VPI (%)	0.9	0.9	1.8	1.8
Österreich laut HVPI (%)	0.8	1.0	1.9	1.8
Euroraum laut HVPI (%)	0.0	0.2	1.4	1.5

Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Nach vier Jahren mit teilweise deutlich steigender Arbeitslosigkeit hat sich die **Arbeitsmarktlage** im ablaufenden Jahr stabilisiert. Mit der Konjunkturerholung beschleunigte sich die Beschäftigungsnachfrage merklich, sodass per Saldo das gesamte zusätzliche Arbeitskräfteangebot absorbiert werden konnte. In den kommenden beiden Jahren sollte die Beschäftigung kräftig expandieren. Allerdings dürfte auch das Arbeitskräfteangebot weiterhin merklich zulegen, insbesondere aus dem Ausland, aber auch bei den Frauen und Älteren. Zusätzlich werden vermehrt Asylberechtigte auf den Arbeitsmarkt strömen. Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) dürfte daher in den beiden nächsten Jahren auf 9.5 % bzw. 9.6 % klettern. Eine beträchtliche Prognoseunsicherheit geht weiterhin von der Arbeitsmarktintegration der Asylberechtigten aus.

Im ablaufenden Jahr ist die Beschäftigungsnachfrage sehr kräftig ausgefallen. So lag die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im Oktober um gut 60,000 bzw. 1.8 % über dem Vorjahresniveau. Das etwas höhere Expansionstempo bei den männlichen Beschäftigten reflektiert die Erholung im Produktionssektor. Im Jahresabstand hat die Beschäftigung in allen Wirtschaftssektoren zugelegt. In der Sachgüterproduktion entstanden per Saldo 4,000 zusätzliche Arbeitsplätze. Deutliche Beschäftigungsgewinne verzeichneten die Bereiche Metall, Maschinenbau (jeweils 1,500), Chemie (1,100) sowie Elektro/Elektronik (900). Weiterhin rückläufig war die Beschäftigung allerdings in den Branchen Glas/Möbel/sonstige Waren (-900), Textil (-500) sowie Holz/Papier/Druckerei (-200). Am Bau nahm die Zahl der Arbeitsplätze kräftig zu (3,600). Im Dienstleistungssektor expandierte die Beschäftigung weiterhin breitflächig, insgesamt legte die Zahl der Beschäftigten um 53,000 Personen zu. Besonders kräftig fielen die Zuwächse bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen (15,900) und im Gesundheitswesen (9,400) aus. Merklich expansiv entwickelten sich auch die Bereiche öffentliche Verwaltung und Handel (jeweils 5,800) sowie Beherbergung/Gastronomie (5,600).

Im Jahresdurchschnitt 2016 hat die Zahl der Aktiv-Beschäftigten um 53,000 Personen bzw. 1.5 % zugenommen. Die konjunkturelle Dynamik und der Indikator der offenen Stellen, der sich in den letzten Monaten leicht abgeschwächt hat, lassen weiterhin ein kräftiges Beschäftigungswachstum erwarten, allerdings mit etwas verlangsamtem Tempo. Für das kommende Jahr wird daher ein Beschäftigungszuwachs von 1.1 % erwartet. 2018 könnte die Beschäftigung um 1.0 % zulegen.

Im November ist die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** erstmals seit dem Jahr 2011 wieder im Jahresabstand (-3,600) zurückgegangen. Unter Berücksichtigung der Schulungsteilnahmen belief sich der Rückgang auf 1,000 Personen. Während die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Männer fiel, blieb die Frauenarbeitslosigkeit im Jahresabstand unverändert. Die Entwicklung der sektoralen Verteilung der Arbeitslosen spiegelt ebenfalls die konjunkturelle Erholung wider. Deutlich rückläufig war insbesondere die Arbeitslosenzahl in der Bauwirtschaft (-2,900) und in der Sachgüterproduktion (-800). Geringere Arbeitslosenzahlen waren auch in den Bereichen öffentliche Dienstleistungen (-700), Gastronomie/Beherbergung (-600) sowie bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen (-500) zu verzeichnen.

### Arbeitsmarktentwicklung 2016

	Jänner bis Oktober (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	50,900	1.4 %
Männer	30,389	1.6 %
Frauen	20,511	1.2 %
Aktiv-Beschäftigte*	52,633	1.5 %
Primärer Sektor	213	0.3 %
Sachgüterproduktion	1,485	0.3 %
Bau	2,870	1.2 %
Dienstleistungssektor	48,035	1.9 %
Arbeitslose**	3,896	1.1 %
Männer**	-144	-0.1 %
Frauen**	4,041	2.7 %
Schulungsteilnehmer des AMS**	2,017	3.1 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

\* ohne Kindergeldbezieherinnen und Präsenzdienler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

\*\* inklusive November

Der Konjunkturaufschwung und die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit haben die Beschäftigungsnachfrage gestützt. Die kräftige Beschäftigungsausweitung reichte allerdings nur aus, das steigende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Insbesondere die Migration, aber auch die erhöhte Erwerbsneigung der Älteren und der Frauen, trieben wie in den Vorjahren das Arbeitskräfteangebot an. Trotz des starken Zustroms von Asylsuchenden im Vorjahr ist hingegen die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Asylberechtigten viel schwächer gestiegen als noch zu Jahresbeginn erwartet. Im Durchschnitt der ersten elf Monate dieses Jahres waren 15,300 Personen mit Asylstatus beim AMS als arbeitslos vorgemerkt, dies waren allerdings nur 3,300 mehr als im



Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die durchschnittliche Zahl der Teilnehmer an Schulungsmaßnahmen ist etwas stärker gestiegen (4,500).

Nach den starken Anstiegen in den Vorjahren hat die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2016 nur marginal auf 358,000 zugenommen (1.0 %). Für die kommenden beiden Jahre wird gegenwärtig von einem Anstieg um 22,000 bzw. 10,000 Personen ausgegangen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass sich der starke Zustrom von Asylwerbern im Vorjahr letztlich auch in der Arbeitsmarktstatistik niederschlagen wird.

Nach vier Jahren mit steigenden Arbeitslosenquoten (nationale Definition) verharrte die Arbeitslosenquote im ablaufenden Jahr mit 9.1 % auf dem Vorjahresniveau. Sowohl Beschäftigungsnachfrage als auch Arbeitskräfteangebot haben dabei kräftig zugenommen. In den nächsten beiden Jahren sollte die Arbeitslosenquote auf 9.5 % bzw. 9.6 % klettern. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition ist im ablaufenden Jahr von 5.7 % auf 6.1 % gestiegen und sollte in den beiden kommenden Jahren jeweils 6.3 % betragen.

Die Arbeitsmarktlage ist im Prognosezeitraum durch ein markantes Beschäftigungswachstum bei einem für österreichische Verhältnisse extrem hohen Niveau der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Bei der Interpretation der Entwicklung der Arbeitslosigkeit sind die langandauernde Konjunkturschwäche sowie das steigende Arbeitskräfteangebot zu berücksichtigen. Allerdings deutet die steigende Zahl an offenen Stellen bei gleichzeitig hoher Arbeitslosenquote auf qualifikatorischen Mis-Match, also das Auseinanderklaffen der von der Wirtschaft nachgefragten und der von den Arbeitslosen angebotenen Kompetenzen hin. Es finden sich auch Indizien für regionalen Mis-Match. Kritisch ist die steigende Langzeitarbeitslosigkeit zu konstatieren. Der rasche technologische Wandel erfordert eine permanente Bereitschaft der Arbeitnehmer zu Re- und Weiterqualifikation. Die qualifikatorischen Maßnahmen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind daher zu begrüßen. Eine verstärkte Förderung von gering qualifizierten Arbeitnehmern erscheint wünschenswert, da deren Arbeitsmarktchancen sonst weiter sinken. Notwendig wäre allerdings auch eine stärkere Fokussierung auf die Präventionskomponente. Die aktuellen PISA-Resultate weisen weiterhin auf die Notwendigkeit einer Bildungsreform hin, die das Entstehen von Defiziten bei den Basisqualifikationen der Jugendlichen möglichst früh bekämpft.

Positiv ist die steigende Erwerbsneigung, insbesondere von Älteren und Frauen, zu sehen. Das Arbeitskräftepotenzial ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Reformen sind jedoch unumgänglich, damit die für eine Senkung der Arbeitslosigkeit notwendige Erhöhung der Arbeitsnachfrage erzielt werden kann. So könnte etwa eine merkliche Lohnnebenkostensenkung die Beschäftigungsnachfrage kräftigen. Weitere Maßnahmen zur Arbeitszeitflexibilisierung, die dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft zu erhöhen, sind anzudenken. Letztlich muss es aber auch gelingen, die Arbeitsproduktivität merklich anzuheben, da nur so nachhaltige Reallohnsteigerungen erzielt werden können, die die Konsumnachfrage stärken würden.

## 5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen im Euroraum liegen seit der Zinssenkung im März unverändert auf historisch niedrigen Niveaus. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt 0 %, der Zinssatz für die Spitzenfazilität liegt bei 0.25 % und jener für die Einlagenfazilität bei -0.40 %. Banken müssen also weiterhin dafür bezahlen, wenn sie Geld (neben der Mindestreserve) bei der EZB anlegen. Im Vereinigten Königreich liegt der Leitzinssatz – nach der Zinssenkung im August als Reaktion auf die Brexit-Abstimmung – weiterhin bei 0.25 %. In den USA liegt die Spanne für den Zielsatz für Taggeld nach wie vor bei 0.25 % – 0.50 %, bei der nächsten Sitzung des Offenmarktausschusses der Fed Mitte Dezember wird allerdings eine Zinserhöhung erwartet. In der Schweiz und in Japan liegen die Leitzinsen unverändert im negativen Bereich. Das Zielband des 3-Monats-Libor in der Schweiz beträgt -1.25 % bis -0.25%, der Leitzinssatz in Japan liegt bei -0.1 %.

Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, liegt weiterhin deutlich unter der Zielmarke der EZB von knapp 2 %. Immerhin wurden in den vergangenen Monaten wieder steigende und deutlich positive Inflationsraten verzeichnet. Im September, Oktober und November betrug die Inflation im Euroraum 0.4 %, 0.5 % bzw. 0.6 %. Auch im Dezember sollte die Inflation weiter leicht anziehen, sodass für den Jahresdurchschnitt 2016 mit einem Wert von 0.2 % gerechnet wird. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut keinen Zinsschritt der EZB. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich weiterhin deutlich expansiv ausgerichtet.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2013	0.25	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
Ende 2014	0.05	0 – 0.25	0.5	-0.75 – 0.25	0.1
Ende 2015	0.05	0.25 – 0.5	0.5	-1.25 – -0.25	0.1
12.12.2016	0.00	0.25 – 0.5	0.25	-1.25 – -0.25	-0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

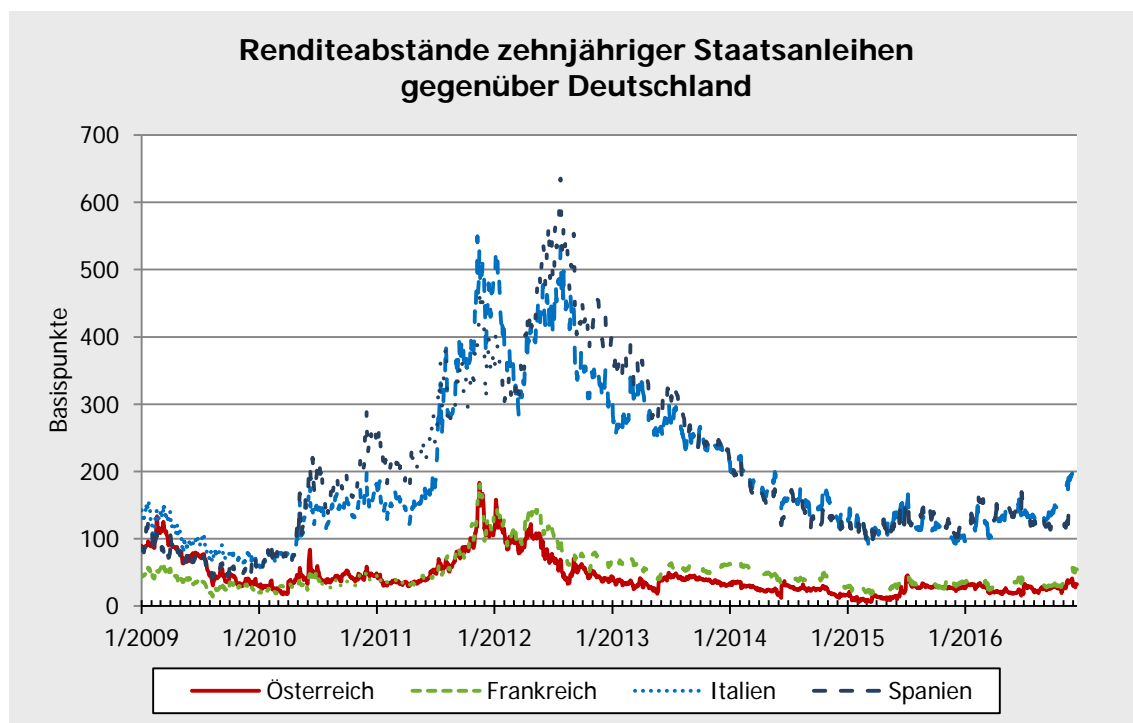
Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so hat die EZB das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten bis Dezember 2017 verlängert, allerdings mit reduziertem Volumen. Erneut wurde bekräftigt, dass das Programm – falls erforderlich – auch darüber hinaus fortgesetzt werden kann, zumindest so lange, bis eine nachhaltige Korrektur der Inflationserwartungen eintritt. Die Ankäufe werden bis März 2017 im derzeitigen Umfang von monatlich 80 Mrd. Euro fortgesetzt, von April bis Dezember 2017 wird das Ankaufvolumen dann auf monatlich 60 Mrd. Euro reduziert. Zusätzlich hat die EZB zwei Anforderungen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten modifiziert, um das Spektrum zulässiger Anleihen zu vergrößern. Zum einen wurde beschlossen, den Laufzeitenbereich auszuweiten, und zwar von einer Restlaufzeit von mindestens zwei Jahren auf eine Restlaufzeit von mindestens einem Jahr. Zum anderen sind künftig auch Käufe von Anleihen mit Renditen unter dem Einlagenzins von derzeit -0.4 % erlaubt.

Die Geldmarktzinsen notieren weiterhin im negativen Bereich und haben sich in den vergangenen Monaten kaum verändert. Im Durchschnitt betrug der 3-Monats-Euribor im vierten Quartal des laufenden Jahres -0.3 %, was gegenüber dem Vorquartal praktisch konstante Zinsen bedeutet. Gegenüber dem Vorjahresquartal notierte der 3-Monats-Euribor um etwa 20 Basispunkte niedriger.

Im Prognosezeitraum erwartet das Institut weitgehend konstante Geldmarktzinsen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2017 und 2018 beträgt -0.3 % bzw. -0.2 %.

Die Renditen von Staatsanleihen sind im laufenden Quartal – im Gegensatz zu den Vorquartalen – etwas gestiegen. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren notierten im vierten Quartal 2016 zu durchschnittlich 0.4 % bzw. 0.1 %. Dies entspricht in beiden Fällen einem Anstieg gegenüber dem Vorquartal um rund 30 Basispunkte. Im Vergleich zum Vorjahresquartal sind die Renditen 10-jähriger Staatsanleihen jedoch immer noch niedriger, und zwar um jeweils etwa 40 Basispunkte. Die Rendite deutscher 10-jähriger Bundesanleihen, welche seit Ende Juni im negativen Bereich notierte, ist Ende Oktober wieder über die Nullschranke gestiegen.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraumländer höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) von Österreich, Frankreich, Spanien und insbesondere Italien sind zuletzt wieder etwas gestiegen.



Quelle: Thomson Reuters Datastream

Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraumländern in der Prognoseperiode nur leicht steigt. Für die Jahre 2017 und 2018 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0.8 % bzw. 1.0 % prognostiziert. Im Durchschnitt des vierten Quartals betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1.08 USD/EUR. Dies bedeutet, dass der Euro gegenüber dem Dollar sowohl im Vergleich zum Vorquartal als auch im Vergleich zum Vorjahresquartal leicht abgewertet hat (um rund 3 % bzw. 1 %). Für die Jahre 2017 und 2018 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von jeweils 1.06 USD/EUR erwartet.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	314.956 1.4%	319.244 1.4%	323.917 1.5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	350.221 3.0%	360.097 2.8%	371.729 3.2%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	101.892 1.9%	103.918 2.0%	105.564 1.6%	107.450 1.8%	109.478 1.9%	111.197 1.6%	112.797 1.4%	114.760 1.7%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2010=100)	93.315 3.3%	95.574 2.4%	97.471 2.0%	99.097 1.7%	100.000 0.9%	100.900 0.9%	102.716 1.8%	104.565 1.8%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	43.433 1.9%	44.605 2.7%	45.553 2.1%	46.460 2.0%	47.385 2.0%	48.001 1.3%	48.673 1.4%	49.549 1.8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3501.511 1.5%	3540.027 1.1%	3575.427 1.0%
ARBEITLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.073 -0.038	9.484 0.411	9.635 0.151

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
PRIVATER KONSUM	160.094 1.3%	160.893 0.5%	160.672 -0.1%	160.239 -0.3%	160.236 0.0%	162.586 1.5%	164.397 1.1%	165.911 0.9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.058 0.0%	60.151 0.2%	60.570 0.7%	61.053 0.8%	62.317 2.1%	63.408 1.8%	63.883 0.8%	64.203 0.5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	68.049 6.7%	68.983 1.4%	70.478 2.2%	69.866 -0.9%	70.369 0.7%	72.871 3.6%	74.656 2.4%	76.387 2.3%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	4.798 1.6	3.958 1.3	2.484 0.8	3.013 1.0	2.715 0.9	2.365 0.8	2.615 0.8	2.865 0.9
INLANDSNACHFRAGE	292.845 2.8%	294.104 0.4%	294.611 0.2%	294.900 0.1%	297.211 0.8%	303.035 2.0%	307.374 1.4%	311.206 1.2%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	10.055 3.3	11.053 3.6	10.943 3.6	12.663 4.1	13.385 4.3	12.021 3.8	11.970 3.7	12.812 4.0
BIP ZU MARKTPREISEN	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	314.956 1.4%	319.244 1.4%	323.917 1.5%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
PRIVATER KONSUM	0.697	0.264	-0.073	-0.142	-0.001	0.757	0.575	0.474
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.003	0.031	0.137	0.158	0.411	0.351	0.151	0.100
BRUTTOINVESTITIONEN	2.071	-0.067	-0.033	0.086	0.129	0.681	0.653	0.627
ANLAGEINVESTITIONEN	1.454	0.308	0.490	-0.200	0.163	0.806	0.567	0.542
LAGERVERÄNDERUNGEN	0.737	-0.277	-0.483	0.173	-0.097	-0.113	0.079	0.078
EXPORTE I.W.S.	3.046	0.868	0.286	1.214	1.926	1.348	1.744	1.833
WAREN	2.354	0.470	-0.286	0.853	1.394	0.909	1.323	1.452
Dienstleistungen	0.693	0.395	0.547	0.359	0.530	0.431	0.428	0.397
IMPORTE I.W.S.	-2.958	-0.539	-0.322	-0.651	-1.691	-1.787	-1.760	-1.570
WAREN	-2.445	-0.009	0.765	-0.321	-1.616	-1.574	-1.371	-1.193
Dienstleistungen	-0.513	-0.541	-1.112	-0.328	-0.089	-0.232	-0.395	-0.378
BRUTTOINLANDSPRODUKT	2.808	0.746	0.124	0.645	0.963	1.445	1.362	1.464

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
HAUSHALTSSPARQUOTE	7.9	8.7	7.0	7.0	7.3	8.1	7.5	7.5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1.4	0.8	-1.6	0.0	0.4	0.8	-0.6	0.0
INVESTITIONSQUOTE	22.5	22.7	23.1	22.7	22.6	23.0	23.2	23.4
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.9	0.2	0.5	-0.4	-0.1	0.4	0.3	0.2
REALZINSSATZ	1.39	0.30	0.41	-0.31	-1.14	-1.20	-0.66	-0.71
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.77	-1.09	0.11	-0.71	-0.84	-0.06	0.54	-0.05
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	93.34	95.74	97.77	99.20	100.00	101.00	102.92	104.77
	3.6%	2.6%	2.1%	1.5%	0.8%	1.0%	1.9%	1.8%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.070	42.190	42.149	42.105	42.358	42.400	42.233	42.233
	-1.3%	0.3%	-0.1%	-0.1%	0.6%	0.1%	-0.4%	0.0%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9.114	9.054	9.008	9.003	9.002	8.995	9.018	9.060
	0.8%	-0.7%	-0.5%	-0.1%	0.0%	-0.1%	0.3%	0.5%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	113.092	116.920	120.006	122.466	124.915	126.646	128.087	129.797
	1.1%	3.4%	2.6%	2.0%	2.0%	1.4%	1.1%	1.3%
ARBEITSLÖSENQUOTE EU DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	4.6	4.9	5.4	5.6	5.7	6.1	6.3	6.3
	-0.2	0.3	0.5	0.2	0.1	0.4	0.2	0.0
BUDGETSALDO MAASTRICHT IN PROZENT DES BIP <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-2.6	-2.2	-1.4	-2.7	-1.0	-1.6	-1.4	-1.0
	1.9	0.4	0.9	-1.4	1.7	-0.6	0.2	0.4

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	159.775 4.6%	164.310 2.8%	167.669 2.0%	170.685 1.8%	172.979 1.3%	177.558 2.6%	182.742 2.9%	187.706 2.7%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.416 1.5%	5.751 6.2%	5.831 1.4%	6.011 3.1%	6.111 1.7%	6.374 4.3%	6.599 3.5%	6.832 3.5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	61.050 1.7%	62.661 2.6%	63.838 1.9%	65.325 2.3%	67.716 3.7%	69.935 3.3%	71.340 2.0%	72.772 2.0%
BRUTTOINVESTITIONEN	74.612 11.8%	76.171 2.1%	76.877 0.9%	78.163 1.7%	79.899 2.2%	83.138 4.1%	86.672 4.3%	90.367 4.3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	36.768 11.7%	37.637 2.4%	39.905 6.0%	39.723 -0.5%	41.185 3.7%	43.651 6.0%	45.633 4.5%	47.589 4.3%
BAUINVESTITIONEN	32.650 5.8%	34.287 5.0%	34.719 1.3%	35.410 2.0%	35.659 0.7%	36.773 3.1%	37.978 3.3%	39.357 3.6%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.000 0.000	0.000 0.000	-0.003 -0.003	-0.670 -0.668	-0.433 0.237	-0.540 -0.107	-0.549 -0.009	-0.558 -0.009
INLANDSNACHFRAGE	300.853 5.6%	308.892 2.7%	314.212 1.7%	319.514 1.7%	326.272 2.1%	336.464 3.1%	346.804 3.1%	357.118 3.0%
EXPORTE I.W.S.	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.566 0.6%	175.175 2.1%	180.350 3.0%	183.890 2.0%	191.121 3.9%	199.290 4.3%
IMPORTE I.W.S.	157.871 12.4%	162.374 2.9%	163.239 0.5%	164.271 0.6%	166.726 1.5%	170.133 2.0%	177.828 4.5%	184.679 3.9%
BIP ZU MARKTPREISEN	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	350.221 3.0%	360.097 2.8%	371.729 3.2%



TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	154.760 1.3%	155.413 0.4%	155.138 -0.2%	154.684 -0.3%	154.627 0.0%	156.838 1.4%	158.564 1.1%	159.991 0.9%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.334 -0.1%	5.483 2.8%	5.536 1.0%	5.558 0.4%	5.613 1.0%	5.754 2.5%	5.840 1.5%	5.928 1.5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.058 0.0%	60.151 0.2%	60.570 0.7%	61.053 0.8%	62.317 2.1%	63.408 1.8%	63.883 0.8%	64.203 0.5%
BRUTTOINVESTITIONEN	72.846 9.1%	72.643 -0.3%	72.542 -0.1%	72.805 0.4%	73.203 0.5%	75.316 2.9%	77.374 2.7%	79.376 2.6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	36.351 10.4%	36.581 0.6%	38.389 4.9%	37.797 -1.5%	38.708 2.4%	40.740 5.3%	42.064 3.3%	43.326 3.0%
BAUINVESTITIONEN	31.698 2.7%	32.397 2.2%	32.113 -0.9%	32.082 -0.1%	31.704 -1.2%	32.211 1.6%	32.695 1.5%	33.185 1.5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.153 -0.153	0.417 0.570	0.810 0.393	0.745 -0.065	1.324 0.579	1.619 0.294	1.614 -0.005	1.609 -0.005
INLANDSNACHFRAGE	292.845 2.8%	294.104 0.4%	294.611 0.2%	294.900 0.1%	297.211 0.8%	303.035 2.0%	307.374 1.4%	311.206 1.2%
EXPORTE I.W.S.	159.246 6.0%	161.875 1.7%	162.748 0.5%	166.458 2.3%	172.381 3.6%	176.565 2.4%	182.058 3.1%	187.911 3.2%
IMPORTE I.W.S.	149.191 6.2%	150.822 1.1%	151.805 0.7%	153.794 1.3%	158.996 3.4%	164.544 3.5%	170.088 3.4%	175.099 2.9%
BIP ZU MARKTPREISEN	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	314.956 1.4%	319.244 1.4%	323.917 1.5%

TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	103.240 3.2%	105.725 2.4%	108.077 2.2%	110.344 2.1%	111.868 1.4%	113.211 1.2%	115.248 1.8%	117.323 1.8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	101.652 1.7%	104.172 2.5%	105.394 1.2%	106.998 1.5%	108.664 1.6%	110.294 1.5%	111.673 1.3%	113.348 1.5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	102.012 2.0%	104.264 2.2%	105.883 1.6%	107.539 1.6%	109.203 1.5%	110.365 1.1%	111.995 1.5%	113.823 1.6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	101.147 1.1%	102.887 1.7%	103.950 1.0%	105.094 1.1%	106.399 1.2%	107.144 0.7%	108.483 1.3%	109.839 1.3%
BAUINVESTITIONEN	103.004 3.0%	105.835 2.7%	108.116 2.2%	110.374 2.1%	112.475 1.9%	114.162 1.5%	116.160 1.8%	118.600 2.1%
INLANDSNACHFRAGE	102.735 2.7%	105.028 2.2%	106.653 1.5%	108.347 1.6%	109.778 1.3%	111.032 1.1%	112.828 1.6%	114.753 1.7%
EXPORTE I.W.S.	104.020 4.0%	105.389 1.3%	105.418 0.0%	105.237 -0.2%	104.623 -0.6%	104.148 -0.5%	104.979 0.8%	106.056 1.0%
IMPORTE I.W.S.	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.532 -0.1%	106.812 -0.7%	104.862 -1.8%	103.396 -1.4%	104.551 1.1%	105.472 0.9%
BIP ZU MARKTPREISEN	101.892 1.9%	103.918 2.0%	105.564 1.6%	107.450 1.8%	109.478 1.9%	111.197 1.6%	112.797 1.4%	114.760 1.7%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
WARENEXPORTE	122.328 10.2%	124.971 2.2%	122.919 -1.6%	124.537 1.3%	127.692 2.5%	129.129 1.1%	133.992 3.8%	139.722 4.3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	30.375 13.4%	32.183 6.0%	34.808 8.2%	36.432 4.7%	37.640 3.3%	39.060 3.8%	41.034 5.1%	43.109 5.1%
REISEVERKEHR	12.945 4.1%	13.445 3.9%	13.839 2.9%	14.206 2.6%	15.017 5.7%	15.700 4.6%	16.095 2.5%	16.459 2.3%
EXPORTE I.W.S.	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.566 0.6%	175.175 2.1%	180.350 3.0%	183.890 2.0%	191.121 3.9%	199.290 4.3%
WARENIMPORTE	125.961 13.2%	128.094 1.7%	124.586 -2.7%	123.914 -0.5%	125.633 1.4%	127.392 1.4%	132.711 4.2%	137.242 3.4%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	25.235 12.1%	27.503 9.0%	31.943 16.1%	33.200 3.9%	33.866 2.0%	35.407 4.5%	37.562 6.1%	39.654 5.6%
REISEVERKEHR	6.675 0.0%	6.777 1.5%	6.709 -1.0%	7.157 6.7%	7.227 1.0%	7.334 1.5%	7.555 3.0%	7.783 3.0%
IMPORTE I.W.S.	157.871 12.4%	162.374 2.9%	163.239 0.5%	164.271 0.6%	166.726 1.5%	170.133 2.0%	177.828 4.5%	184.679 3.9%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
WARENEXPORTE	117.989 6.2%	119.414 1.2%	118.541 -0.7%	121.146 2.2%	125.434 3.5%	128.257 2.3%	132.425 3.3%	137.060 3.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	28.876 7.8%	29.990 3.9%	31.576 5.3%	32.588 3.2%	33.646 3.2%	34.655 3.0%	35.868 3.5%	37.034 3.3%
REISEVERKEHR	12.382 -0.5%	12.464 0.7%	12.545 0.7%	12.631 0.7%	13.202 4.5%	13.532 2.5%	13.667 1.0%	13.770 0.8%
EXPORTE I.W.S.	159.246 6.0%	161.875 1.7%	162.748 0.5%	166.458 2.3%	172.381 3.6%	176.565 2.4%	182.058 3.1%	187.911 3.2%
WARENIMPORTE	118.488 6.5%	118.514 0.0%	116.180 -2.0%	117.162 0.8%	122.132 4.2%	127.017 4.0%	131.336 3.4%	135.145 2.9%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	24.356 8.2%	26.032 6.9%	29.646 13.9%	30.419 2.6%	30.713 1.0%	31.480 2.5%	32.661 3.8%	33.804 3.5%
REISEVERKEHR	6.347 -5.0%	6.311 -0.6%	6.090 -3.5%	6.319 3.8%	6.301 -0.3%	6.254 -0.8%	6.316 1.0%	6.379 1.0%
IMPORTE I.W.S.	149.191 6.2%	150.822 1.1%	151.805 0.7%	153.794 1.3%	158.996 3.4%	164.544 3.5%	170.088 3.4%	175.099 2.9%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
WARENEXPORTE	103.677 3.7%	104.654 0.9%	103.693 -0.9%	102.799 -0.9%	101.800 -1.0%	100.680 -1.1%	101.183 0.5%	101.942 0.8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	105.191 5.2%	107.313 2.0%	110.234 2.7%	111.794 1.4%	111.872 0.1%	112.712 0.8%	114.402 1.5%	116.404 1.8%
REISEVERKEHR	104.550 4.5%	107.871 3.2%	110.315 2.3%	112.471 2.0%	113.749 1.1%	116.024 2.0%	117.764 1.5%	119.531 1.5%
EXPORTE I.W.S.	104.020 4.0%	105.389 1.3%	105.418 0.0%	105.237 -0.2%	104.623 -0.6%	104.148 -0.5%	104.979 0.8%	106.056 1.0%
WARENIMPORTE	106.307 6.3%	108.083 1.7%	107.236 -0.8%	105.763 -1.4%	102.866 -2.7%	100.295 -2.5%	101.047 0.8%	101.552 0.5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	103.608 3.6%	105.652 2.0%	107.750 2.0%	109.143 1.3%	110.269 1.0%	112.475 2.0%	115.005 2.3%	117.305 2.0%
REISEVERKEHR	105.170 5.2%	107.379 2.1%	110.170 2.6%	113.255 2.8%	114.694 1.3%	117.274 2.3%	119.620 2.0%	122.012 2.0%
IMPORTE I.W.S.	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.532 -0.1%	106.812 -0.7%	104.862 -1.8%	103.396 -1.4%	104.551 1.1%	105.472 0.9%
TERMS OF TRADE, GESAMT	98.301 -1.7%	97.891 -0.4%	98.034 0.1%	98.525 0.5%	99.772 1.3%	100.727 1.0%	100.409 -0.3%	100.554 0.1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97.527 -2.5%	96.827 -0.7%	96.696 -0.1%	97.198 0.5%	98.963 1.8%	100.384 1.4%	100.135 -0.2%	100.384 0.2%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
IMPORTQUOTE, GESAMT	51.152	51.203	50.611	49.716	49.052	48.579	49.383	49.681
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	3.473	0.051	-0.593	-0.894	-0.664	-0.473	0.805	0.298
IMPORTQUOTE, GÜTER	40.813	40.393	38.627	37.502	36.962	36.375	36.854	36.920
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	3.042	-0.420	-1.767	-1.125	-0.540	-0.588	0.480	0.066
EXPORTQUOTE, GESAMT	53.672	53.797	53.192	53.016	53.060	52.507	53.075	53.612
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	2.668	0.125	-0.604	-0.176	0.044	-0.554	0.568	0.537
EXPORTQUOTE, GÜTER	39.636	39.408	38.110	37.691	37.568	36.871	37.210	37.587
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1.943	-0.227	-1.299	-0.419	-0.123	-0.697	0.339	0.377

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5427.239 0.4%	5447.026 0.4%	5472.657 0.5%	5506.268 0.6%	5554.650 0.9%	5615.533 1.1%	5647.859 0.6%	5674.064 0.5%
ERWERBSQUOTE	75.957 1.2%	76.792 1.1%	77.387 0.8%	77.992 0.8%	78.626 0.8%	78.838 0.3%	79.548 0.9%	80.096 0.7%
ERWERBSPERSONEN	4122.350 1.6%	4182.897 1.5%	4235.103 1.2%	4294.457 1.4%	4367.385 1.7%	4427.176 1.4%	4492.735 1.5%	4544.725 1.2%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3582.861 0.7%	3598.964 0.4%	3611.608 0.4%	3624.841 0.4%	3655.227 0.8%	3673.001 0.5%	3689.539 0.5%	3701.368 0.3%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	539.489 8.0%	583.933 8.2%	623.495 6.8%	669.616 7.4%	712.158 6.4%	754.175 5.9%	803.197 6.5%	843.356 5.0%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	453.900 1.5%	456.800 0.6%	464.900 1.8%	471.700 1.5%	478.200 1.4%	483.460 1.1%	489.503 1.3%	495.622 1.3%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3668.450 1.6%	3726.097 1.6%	3770.203 1.2%	3822.757 1.4%	3889.185 1.7%	3943.716 1.4%	4003.232 1.5%	4049.102 1.1%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3501.511 1.5%	3540.027 1.1%	3575.427 1.0%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	98.423 -1.8%	94.974 -3.5%	91.290 -3.9%	87.871 -3.7%	86.109 -2.0%	84.387 -2.0%	83.543 -1.0%	83.543 0.0%
ARBEITSSLOSE	246.702 -1.6%	260.643 5.7%	287.207 10.2%	319.357 11.2%	354.332 11.0%	357.819 1.0%	379.662 6.1%	390.132 2.8%
ARBEITSSLOSENQUOTE NAT.DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.073 -0.038	9.484 0.411	9.635 0.151

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	144.343 3.9%	150.342 4.2%	154.502 2.8%	158.686 2.7%	163.418 3.0%	168.075 2.8%	172.303 2.5%	177.159 2.8%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	125.651 5.2%	126.410 0.6%	126.772 0.3%	129.661 2.3%	132.676 2.3%	136.504 2.9%	140.669 3.1%	146.079 3.8%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	38.636 6.5%	40.365 4.5%	41.265 2.2%	42.071 2.0%	43.802 4.1%	45.642 4.2%	47.125 3.3%	48.492 2.9%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	350.221 3.0%	360.097 2.8%	371.729 3.2%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	1.046 -57.7%	0.323 -69.1%	0.874 170.7%	-3.299 -477.6%	-1.372 -58.4%	-1.098 -20.0%	-1.120 2.0%	-1.142 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	53.480 3.7%	55.715 4.2%	57.662 3.5%	59.603 3.4%	61.404 3.0%	63.369 3.2%	65.396 3.2%	67.489 3.2%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	256.196 4.3%	261.725 2.2%	265.750 1.5%	267.515 0.7%	277.120 3.6%	285.755 3.1%	293.581 2.7%	303.098 3.2%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3.017 0.9%	-3.257 7.9%	-3.909 20.0%	-3.263 -16.5%	-3.361 3.0%	-3.428 2.0%	-3.497 2.0%	-3.567 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	253.179 4.4%	258.469 2.1%	261.842 1.3%	264.252 0.9%	273.759 3.6%	282.327 3.1%	290.084 2.7%	299.531 3.3%



TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
STICHTEINLAGEN	90.120 2.4%	102.909 14.2%	112.936 9.7%	115.761 2.5%	130.036 12.3%	142.390 9.5%	153.354 7.7%	161.482 5.3%
TERMINEINLAGEN INKLUSIVE AUFGENOMMENE GELDER	36.232 7.2%	32.003 -11.7%	29.651 -7.3%	34.620 16.8%	35.751 3.3%	37.253 4.2%	37.365 0.3%	38.598 3.3%
SPAREINLAGEN	156.367 -0.4%	157.452 0.7%	153.321 -2.6%	149.938 -2.2%	147.116 -1.9%	146.380 -0.5%	148.576 1.5%	150.507 1.3%
KREDITVOLUMEN	314.156 2.1%	319.543 1.7%	316.700 -0.9%	316.682 0.0%	321.655 1.6%	326.158 1.4%	330.072 1.2%	334.363 1.3%
EURIBOR 3M <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1.39 0.58	0.57 -0.82	0.22 -0.35	0.21 -0.01	-0.02 -0.23	-0.26 -0.24	-0.29 -0.03	-0.22 0.07
ÖST. BENCHMARKRENDITE 10J <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	3.28 0.12	2.29 -0.99	1.99 -0.30	1.48 -0.51	0.75 -0.73	0.37 -0.38	0.78 0.41	1.03 0.25

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
USD/EUR	1.392 4.9%	1.286 -7.6%	1.328 3.3%	1.329 0.0%	1.110 -16.5%	1.107 -0.3%	1.064 -3.9%	1.064 0.0%
GBP/EUR	0.868 1.2%	0.811 -6.6%	0.849 4.7%	0.806 -5.0%	0.726 -9.9%	0.819 12.7%	0.834 1.8%	0.836 0.2%
YEN/EUR	110.985 -4.7%	102.669 -7.5%	129.539 26.2%	140.413 8.4%	134.348 -4.3%	120.241 -10.5%	120.327 0.1%	118.756 -1.3%
CHF/EUR	1.234 -10.7%	1.205 -2.4%	1.231 2.1%	1.215 -1.3%	1.068 -12.0%	1.090 2.0%	1.069 -1.9%	1.069 0.0%

---

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch,  
Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Simon Loretz, Michael Reiter, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2016 – 2018: Solide Konjunktur bei unsicherem Umfeld

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 95

Redaktion: Bianca Brandl

© 2016 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Josefstädter Straße 39, 1080 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>

---